

# Cööbder Volksbote

## Organ für die Interessen der wettätigen Bevölkerung

Der „Cööbder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon: Nr. 922.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechseckige Seite oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Freitag, den 12. Mai 1916.

23. Jahrg.

## Belgische Sozialisten über den Krieg.

Aus Belgien wird von einem Genossen, der seit längerer Zeit dort weilt und Gelegenheit hat, mit belgischen Sozialisten, die in der Arbeiterbewegung angehobene Stellung einzunehmen, zu verfehlten, geschrieben:

Unter den Sozialisten der kriegsführenden Kulturstaaten Europas herrscht gegenwärtig ein ungeheuerer Wirkungskreis der Meinungen. Große Mühe kostet es, sich darin zurechtzufinden. Große Ruhe, ein fester Wille, ein ungetrübter Blick und eine felsenfeste Zuversicht auf den Sozialismus sind erforderlich, um sich nicht mit fortreihen zu lassen in jenen Strudeln der Meinungen, der bald macht, zur Verwirrung und schließlich zum Hass führt.

Was insbesondere Belgien betrifft, so feiern wir wohl die Neuerungen Vandervelde, Huysmans, Destrées, Dewinnes, de Brouckères. Und wenn wir vor allem die Neuerungen Vandervelde verurteilen, des bekanntesten internationalen Sozialisten, so könnte es scheinen, daß er in Namen der belgischen Sozialisten in ihrer Gesamtheit spreche. Dies um so mehr, als sich bis jetzt noch niemand in Belgien gefunden hat, der eine andere Meinung öffentlich zu befunden wagte. Trotzdem ist es ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß einer der genannten Sozialisten oder sie in ihrer Gesamtheit die belgische Arbeiterklasse repräsentieren; das trifft besonders auf Vandervelde nicht zu, den internationalen Sozialistensührer im belgischen Ministerium.

Länger als ein Jahr befindet sich der Schreiber dieser Zeilen in jenem Teile Belgiens, der als die Hochburg des ländlichen Volksstums, der Clericalen und sozialistischen Bewegung bezeichnet werden kann. Es war mir ein Bedürfnis, Erfahrungen darüber zu sammeln, wie dieser Teil des belgischen Volkes über den Krieg, über die deutschen, französischen, englischen Sozialisten und über die Begleiterscheinungen des Krieges denkt. Durch besondere Umstände habe ich Gelegenheit, mit führenden Genossen in Gent in Verbindung zu treten, die für die belgische Arbeiterschaft mindestens das geleistet haben, wie jene anderen, die jetzt so laut zur Welt sprechen. Bei solchen Gelegenheiten wird nicht nur alles erörtert, was zum Kriege geführt, sondern auch die Handlungen der sozialistischen Parteien und die Ausführungen ihrer Führer. Und dies geschieht stets in einem freundlich-sozialistischen Geiste, was für mich eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens bleiben wird. Selbst wenn ich alles Gefühlsmäßige und Spontane ausscheide, bleibt noch so viel sachliche und ruhige Beurteilung übrig, daß ich ohne Uebertreibung behaupten kann: Wie ihre Genossen in Frankreich und England, so treiben die Vandervelde und Genossen ein gefährliches Spiel.

Doch hören wir einen belgischen Genossen selbst, der ein Lebensalter in der belgischen Partei wirkt und an führender Stelle steht. Er sagte mir:

Von einem deutschen Sozialisten werde ich gefragt, wie die wirkliche Meinung der belgischen Sozialisten über den Krieg, seine Ursachen und seine Folgen sei. Als ein Genosse, der fast dreißig Jahre in der sozialistischen Partei in Gent tätig ist, habe ich folgendes zu erklären:

Bei den Erörterungen, die über die Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen zwischen den organisierten Arbeitern der kriegsführenden Länder in ausländischen Zeitschriften und Versammlungen stattfinden, haben Sie bis heute allein nur die hervorragenden belgischen Kameraden Vandervelde, Huysmans, Dewinne, de Brouckère und Destrée gehört. Diese Parteigenossen, die weder mit sich selber noch untereinander übereinstimmen, haben hier und da vieles gesagt und geschrieben, das so zusammengefaßt werden kann:

Die Deutschen sind die Anführer des Krieges gewesen und sie standen fertig zum Angriff. Die Deutschen haben in den besetzten Landesteilen manche Grausamkeit verübt und sich wie Barbaren betragen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben ihre Schuldigkeit gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung nicht getan, noch weniger gegen die Internationale. In Friedensverhandlungen mit der deutschen Sozialdemokratie und mit der deutschen Regierung ist erst dann zu denken, wenn u. a. der deutsche Militarismus zerstört am Boden liegt.

Personlich, so sagte der belgische Genosse, bin ich fest davon überzeugt, daß England, um seine Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt und auf dem Weltmeer zu sichern, das meiste dazu beigetragen hat, die Menschheit in diesen schrecklichen Krieg zu treiben. Diese englische Regierung ist es letzten Endes auch gewesen, die das schwächliche Bündnis zwischen dem demokratischen Frankreich und dem barbarischen Russland zustande gebracht hat, ein Bündnis, das von allen ehrlichen Sozialisten verdammmt werden sollte.

Weiter die Grenzlinien der Deutschen haben wir die schrecklichsten Dinge erzählen hören von Leuten, die alles wieder von anderen gehört hatten.

Aber alles das, was wir mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört haben, war genug, um uns von dem Gegenteil zu überzeugen.

Alles Sonstige erscheint mir als hohle Behauptungen von Geistern, die vom Hass verblendet sind. Sie scheinen noch nicht begriffen zu haben, daß es in der Welt eine Sozialdemokratie gibt, weil es einen Kapitalismus gibt, und daß es in dieser Welt eine Internationale geben wird, solange es eine Sozialdemokratie gibt. Ganz gleich, ob die deutsche Sozialdemokratie mit dem deutschen Militarismus verschmelzt wird oder nicht.

Um engsten finden sich unsere oben erwähnten Kameraden dort zusammen, wo sie erklären, daß an Frieden nicht zu denken sei, solange Deutschland nicht vernichtet ist. Gleichzeitig müssen wir aber doch zugestehen, daß die militärische Lage der Zentralmächte die denkbar günstigste ist.

Ich darf ganz entschieden hinzufügen, daß ich mit diesen meinen Gedanken nicht allein stehe in der Genter, in der flämischen, in der belgischen Arbeiterbewegung. Das bedeutet, daß die Meinung unserer oben erwähnten Kameraden gewiß nicht als die allgemeine Meinung der belgischen Sozialdemokratie betrachtet werden darf.

Unter den belgischen organisierten zielbewußten Arbeitern gibt es doch auch viele, die etwas von der Geschichte, von der politischen und ökonomischen Weltlage verstehen, die wissen, wie die Engländer es Jahrhunderte lang darauf angelegt haben, das Weltmeer, den Weltmarkt und die Völker unter ihre Herrschaft zu bringen und zu halten — und dabei das Zustandekommen einer einflussreichen Sozialdemokratie im eigenen Lande unmöglich zu machen.

Es gibt auch in Belgien gebildete Arbeiter genug, die auch etwas kennen von der deutschen Geschichte, von der deutschen Art, von der deutschen Kunst, von der deutschen Kultur. Diese Arbeiter kennen vor allem auch die deutschen Arbeiterbewegung, die sie stets mit Erfurcht und Hochachtung nennen, auch heute noch, als den Geist, als das Rücksicht der Internationale.

Diese denkenden Arbeiter haben sich auch durch die „patriotischen“ Fäntserien glücklicherweise ihre Überzeugung noch nicht rauben lassen, daß nämlich der schrecklichste aller Kriege von dem imperialistischen Kapitalismus über die Menschheit gebracht wurde. Diese Arbeiter erinnern den Frieden, ohne zu fragen, von wem oder von wo er kommt. Sie denken allein an die Mittel, die dazu beitragen könnten, um die ganze Kraft des Proletariats wieder zum Kampf für seine eigene Sache zu organisieren. Möge dieser Tag bald kommen!

Wie ist der Name dieses Genossen, könnte man fragen, der sich in dieser ganz anderen Weise äußert? Es sind genug Gründe vorhanden, die es gebieten, den Namen einzuweilen zu verschweigen. Denn die Sache tut es doch ganz allein.

Bei Vandervelde wissen wir, daß er belgischer Minister und Vorsitzender der Internationale ist, daß er das Kämpfen bis zum Blutbaden, den Krieg bis zur wirtschaftlichen Erschöpfung predigt. Wir wissen, daß er gegen jede Verständigung wütet, gegen jede wirklich positive Tat der Internationale. Vandervelde spricht bestens im Namen eines Teils der wallonischen (französisch führenden und denkenden) Arbeiter, niemals aber im Namen der gesamten belgischen Sozialisten.

Wir wissen aber noch nicht alles. Den gewaltigen Einfluß, den Vandervelde aus der Zeit vor dem Kriege ohne Zweifel besaß, benutzte er unter anderem auch dazu, alles zu tun, um das Brüsseler Parteidorgan ohne Zwangende Gründe eingehen zu lassen und damit die Brüsseler Arbeiter ihres geistigen Führers zu beraubten. Der politische Redakteur des Blattes, de Brouckère, war mit dieser heroischen Tat einverstanden. Was das internationale Bureau dagegen oder dafür getan hat, wird sich erst später herausstellen. de Brouckère packte seine Koffer und zog, ohne daß eine Notwendigkeit vorlag, ins „Exil“ nach London. Von dort rückte er im Februar dieses Jahres jenen bekannten Brief an die „Humanité“ (abgedruckt auch im Kopenhagener Parteiblatt und in einigen deutschen Parteiblättern), in dem die deutsche Sozialdemokratie auf das größtmögliche beschimpft wird.

Auch das mußte einmal öffentlich festgestellt werden. Denn die Wahrheit über alles.

Soweit unser Genosse. Wir ersehen aus seinen Mitteilungen, daß unter den in Belgien gebliebenen Sozialisten doch wesentlich andere Ansichten herrschen, als bei den freiwillig oder unfreiwillig über die Grenze gegangenen Führern. Auch aus anderen Quellen wissen wir, daß besonders in Gent die sozialistischen Gemeinderäte und andere Parteidgenossen, die durch ihre außerordentlich lebhafte Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung sehr häufig in Berührung mit den deutschen Behörden kommen, sich durch ruhige, besonnene Würdigung der Verhältnisse auszeichnen und nicht in das Schimpftanz einstimmen, das uns leider noch immer so laut entgegenträgt. Diese Haltung stärkt die Hoffnung auf eine baldige freundliche Verständigung viel mehr, als noch so schön abgesetzte Manifeste und Resolutionen von Konferenzen, deren Teilnehmer meistens niemand anders als sich selbst vertreten.

## Der Wortlaut der amerikanischen Antwortnote.

Der nun vorliegende Wortlaut der amerikanischen Antwortnote an Deutschland deckt sich nahezu völlig mit den von Reuter verbreiteten Mitteilungen, nur klingt sie weniger schroff, als man anfangs vermuten möchte. Wie verlautet, wird die deutsche Regierung diese Rolle nicht beantworten, da kein Anlaß vorliegt, der legitimen deutschen Note noch irgend etwas hinzuzutragen. Es bleibt nun abzuwarten, ob oder welche Schritte Wilson in England unternehmen wird.

Die amerikanische Note lautet:

Ew. Exzellenz! Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Ew. Exzellenz die folgende Antwort auf die Note Ew. Exzellenz vom 4. Mai d. Js. mitzutun:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwidert worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Aufforderung der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft fungiert, daß sie einiges dazu berütteln will, um — so lange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Seestreitkräfte zu ermöglichen, und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkung nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Konflikten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise ausgegebene Unterseebootspolitik ankündigte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren gebildigen Bemühungen um einen freundlichen Friede der aus jeder Politik erwarteten frischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedroht, beständig durch Bemühungen der Freundschaft leiten und zu erhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich daraus verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die kaiserliche Sache für eine Unterordnung der Seesachen der Vereinigten Staaten und Deutschlands beobachtende Beziehungen befähigen wird. Die Regierung der Ver-

einigten Staaten hält es für notwendig zu erklären, daß sie für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuen angekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Missverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, gleichzeitig denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von Seiten der deutschen Marine-Behörden in irgendeiner Weise oder geringstem Grade vor dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ.

Ich ergreife die Gelegenheit, Ew. Exzellenz die Sicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern. James M. Gerard. Seiner Exzellenz Herrn von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

## Von den Kriegsschauplätzen. Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab berichtet am 11. Mai, nachmittags 3 Uhr: Zwischen der Côte und der Rivière Scheiter ein Kampftross gegen einen feindlichen Schergengraben südlich Moulin-sous-Touvent vollständig. In der Umgebung von Verdun ließ das Gefecht

leger westlich von Arras merklich nach. Westlich der Maas und in der Woerre-Ebene Geschütze mit Unterbrechungen. Aus der Nacht meldet man Schornmöbel mit Handgranaten im Gehölz von Avocourt und in Gegend südlich der Festung Douaumont. Im Oberelsach wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, die einen unserer kleinen Posten bei Hirzbach (südlich Altkirch) aufzuheben versuchte, mit Verlust abgeworfen. Mittwoch abend 11 Uhr: Auf dem linken Ufer der Maas richteten die Deutschen nach einer heftigen Beschleuchtung einen starken Angriff auf unsere Stellungen an den Zugängen zum Hügel 287. Dieser Angriff wurde vollständig zurückgeschlagen. Einige Gefangene blieben in unseren Händen. Eine kleine Offensiveunternehmung unserer Truppen gegen die Abhänge westlich des "Toten Mann" erlaubte uns einige Teile eines deutschen Grabens zu beleben. Wir machten 62 Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Auf der übrigen Front war der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht: Artilleriekampf in Gegend Ramscopelle, Dirmuiden und Steenstraete.

## Gegen Russland.

### Der russische Generalstabbericht

vom 10. Mai lautet: Westfront: Nördlich des Fleckens Smorgon wurden deutsche Truppen, die sich nach Artillerie- und Infanteriefeuerbereitung gegen das Dorf Ultraplanku (6 km. nordöstlich von Smorgon) vor unseren Hindernissen zu sammeln begannen, durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer gezwungen, zurückzugehen. Im Laufe der Nacht zum 8. Mai brachten die Deutschen südlich des Fleckens Kromsheim im Dorfe Novosjolki eine Mine zum Aufstellen. Um sich des Trichters zu bemächtigen, grissen sie an. Wir schlugen den Angriff zurück und befreiten den Trichter. Südöstlich von Pinsk beschoss die feindliche Artillerie heftig den Stellungsabschnitt westlich des Dorfes Plestschizel (85 Kilometer südlich von Pinsk.) Bei Czartowysk zwang das Feuer unserer Abwehrgefechte einen feindlichen Flieger zur Landung; Führer und Beobachter sind gesunken. Kaukasus: Türkische Angriffe bei Karamakhatan wurden durch unser Feuer angehalten. Im Sommerfeld auf Bagdad besiegten wir die Stadt Kajachirin (160 Kilometer westlich Kermanjshak). Dort schmiedeten wir türkische Munitionsvorräte, bestehend aus einem 100.000 Patronen, vielen Granaten und Handgranaten, Sprengstoff, einer Sprengstoffkolonne von mit Schwaback, Reis und Zucker beladenen Kamelen. Auf der weiteren Verfolgung nahmen wir dem Feinde noch drei Kanonen ab.

## Gegen England.

### Englische Ratsch gegen Sozialisten.

Zwei Sozialisten, die vor kurzem in Glasgow verhaftet und für schuldig befunden wurden, die Herstellung von Munition durch Auflage gegen die Sitzung aufgehoben zu haben, wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein anderer Sozialist erhielt 18 Monate Gefängnis.

### Gegen Irland.

Lord Eversley kam im Oberhaus mit, dass der Duke of Bedford, Lord Birkenhead, zurückgetreten ist. Premierminister Asquith forderte im Unterhaus die Einigung einer Kommission zur Unterstützung der nördlichen Umstände der Sinn Féine-Révolution in Irland an, deren Führer Lord Hardinge, der jüngste Sohn König von Sachsen, war.

## Gegen Italien.

### Der österreichisch-ungarische Generalstab meldet:

Wien, 11. Mai (Amtlich) Italienischer Kriegsbeschlag. Die schwere Artilleriegruppe hielt an den ersten Stufen der Front nach gegen die Feindschaften, die im Dolomiten-Abschnitt zwischen Tessin und Venetien. Ein italienischer Flieger war vorzeitig zwei Stunden auf den Markt und den Dorfplatz von Görg ob. Jenes wurde zwei Civilpersonen getötet, 33 verwundet.

## Der Balkanrieg.

### Missionen an Griechenland?

Der Sozialist "Hiro" meldet: Der Sozialist "Hiro" meldet: Der russische und der jugoslawische Gesandte im Vize erzielten beim Ministerpräsidenten Skobleski eine wesentlich bessere als erwartete, bzw. verlangte Durchsetzung des Rechtes der serbischen Truppen nach Griechenland insbesondere seitens des Staates Serbien zu gewinnen. Gleichzeitig überredete er ihn eine Reise, die ein Internat innerhalb 36 Stunden verlangt. Nach schwerer Reise und der letzten Schlacht in Werde, dass die Männer einen neuen Kampf gegen Griechenland einzufangen. Es sollen sicher 65.000 Serben von Karlovač und Subotica geschlagen und kein einziges Schiff kapert werden. Und der Sozialist den Seeweg aufzuheben, der auch der jugoslawischen eingeschlagen habe.

## Der Seetrieb.

### Die deutsche Note über den "Görlitz"-Fall.

Reiter meldet aus Washington: Die deutsche Note über den "Görlitz"-Fall erfordert, dass der Senatorium des Hauses bei der Besetzung des Schiffes im Jahre Gleichen und in der Heimreise, ein Kriegsschiff aus Südtirol gehandelt hat, dass es für den Frieden überall geblieben und kommt gegen die Befreiungen der deutschen Regierung verpassen hat. Die deutsche Regierung gibt daraufhin zu, dass in diesem Falle die den Amerikaner Schiffe gegen die Befreiungen nicht eingehen werden. Sie stellt mit dem Senatorium des Hauses einverstanden, dass die Befreiungen im Südtirol gehandelt ist und keinen Schaden gebracht hat, der durch den Frieden überall geblieben und kommt gegen die Befreiungen der deutschen Regierung verpassen hat. Die deutsche Regierung gibt daraufhin zu, dass in diesem Falle die den Amerikaner Schiffe gegen die Befreiungen nicht eingehen werden. Sie stellt mit dem Senatorium des Hauses einverstanden, dass die Befreiungen im Südtirol gehandelt ist und keinen Schaden gebracht hat, der durch den Frieden überall geblieben und kommt gegen die Befreiungen der deutschen Regierung verpassen hat.

## Die Kämpfe im Orient.

### Kampfhandlung im Soudan.

Das britische Generalquartier stellt vorläufig 11. Mai auf der Straße im Süden von Soudan eine Gruppe, umgeben von Briten und anderen mit Unternehmungen. Sie hat Kontrollen und die in der Regierungsvergabe der Zigarette und

wurde der Feind im Abschnitt des Kopfberges in einem Gefechte, das am 8. Mai vormittags mit unserem Angriff begann und bis abends dauerte, durch einen Bajonettsangriff aus seinen Stellungen in einer Wusdennung von beinahe 15 Kilometern vertrieben und oft wärts zurückgeworfen. In diesem Gefecht machten wir vier Offiziere und über 300 Mann zu Gefangenen und nahmen vier in gutem Zustand befindliche Maschinengewehre weg. Unsere Verfolgungsabteilungen bewahrten trotz heftigen Schneesturms Führung mit den zurückgehenden Abteilungen des Feindes. Desgleichen wurden infolge eines erfolgreichen überraschenden Angriffes in der Nacht zum 9. Mai auf das Lager des Feindes bei Bachji (50 Kilometer südlich Manahatu, südlich Tula-Dere) 250 Infanteristen und 200 Kavalleristen, die die feindliche Streitmacht bildeten, mit Bajonet und Handgranaten zu hoffloser Flucht gezwungen und bis auf eine geringe Anzahl vernichtet. Wir nahmen dem Feinde eine Anzahl Gewehre ab. Im Abhütt an der Küste keine wesentliche Veränderung. Der Feind, der westlich von Djewislik vordringen versuchte, musste sich infolge der Umgehungsbewegung unserer Truppen nordwärts zurückziehen. Ein feindliches Torpedoboot warf Geschosse auf die Küste von Cenelli und zog sich dann zurück. Ein Kreuzer feuerte, ohne eine Wirkung zu erzielen, 50 Geschosse auf die Küste westlich der Insel Kenten; unsere Artillerie erwiderte. Keine wesentliche Nachricht von den anderen Fronten.

Wir demonstrieren die russischen Berichte vom 3. und 4. Mai 1916 folgendermaßen: In der Nacht zum 3. Mai machten russische Truppen nacheinander zwei überraschende Angriffe gegen unsere Front im Kope (im nördlichen Abhütt der Tschirik-Front). Der erste wurde abgewiesen. Beim zweiten gelang es den Russen, in die Gräben zweier unserer Kompanien einzudringen; aber gegen Morgen nahmen wir ihnen unsere Gräben durch einen Gegenangriff vollständig wieder ab. Folglich sind die Erzählungen ihres amtlichen Berichtes vom 3. Mai, nach denen sie unsere Streitkräfte in Richtung Diarbitz westwärts zurückgetrieben haben wollten, und in Gegend Rumie den Angriff einer unserer Abteilungen abgewiesen haben müssen, ebenso wie die Behauptungen des Berichtes vom 4. Mai, dass einer unserer nächtlichen Angriffe in Richtung Erzindian abgewiesen worden wäre, in allen Einzelheiten und im ganzen Umfang erfüllt.

### Aufstand in Afghanistan.

Laut "Ruskoje Slovo" ist in Afghanistan eine Aufstandsbegehung gegen die Alliierten im Gange. Das russische Blatt bemerkte, man müsse alle Aufmerksamkeit auf Afghanistan lenken, das militärisch und finanziell nicht zu unterschätzen sei.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Die Räumlichkeit von 20 freigegeben.

Das norwegische Telegraphenbüro meldet: Sechs Männer vor der Belagerung des Kriegsflugs "E 20" wurden freigegeben. Wegen Fehlens besonderer völkerrechtlicher Bestimmungen für Kriegsflüge betrachteten die norwegischen Behörden es als ihre Pflicht, den Regeln für Schiffsflüge von Kriegsschiffen kriegerischer Staaten zu folgen. In Übereinstimmung mit dem Standpunkt, den sie bei früheren Gelegenheiten während des Krieges eingenommen haben gegenüber den Engländern von den Dampfern "Bismarck" und "India" gaben sie daher auch diesen beiden Kommanden frei, die gereitet in privaten Fahrzeugen an Land geflüchtet waren.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Steuer auf Tabak und Zigaretten im Steuerausschuss abgelehnt.

Der Steuerausschuss des Reichstages lehnte in Eröffnung des Tabakeneruges, die Steuer auf Tabak und Zigaretten, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Fortschritts ab, während des Zentrums und die Nationalliberalen sich einer Stimme enthielten.

Die Kriegsausschläge für Zigaretten wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Für Zigarettenabgaben im Kleinverkaufspreis wurde die Steuergrenze von 5 Pf. auf 8 Pf. heraufgesetzt. Für Zigaretten aus Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 angemeldet wurden, soll der dreifache Beitrag Kriegsausschlag erhoben werden.

### Amerika.

Verstärkung der Flotte in Amerika. Der Washingtoner Sekretär der "Times" meldet: Corregidor wiederholte seine Forderung, dass die amerikanischen Truppen sofort zurückzogen werden müssen. Wilson weigerte sich allerdings, darauf einzugehen, und räumte weitere 4000 Mann regulärer Truppen nach der Grenze. In amerikanischen Kreisen spricht man offen von der Möglichkeit einer bewaffneten Intervention; ob es aber endgültig gemeint oder nur dazu bereit ist, auf Corregidor einzufallen, lässt sich schwer sagen. Die Flotte verpflichtete sich infolge des neuen blutigen Vertrages des amerikanischen Großfürsten, der wahrscheinlich von Spanien und nicht von Aborigines Villas entstammt wurde. Man sieht sich sehr beeindruckt, da die Sicherheit besteht, dass die amerikanischen Truppen von einer Flotte unterstützt werden. Amerikaner sind die Sicherheit Amerikas tatsächlich von regulären Truppen entschlossen, und wenn die Sicherheit nicht mit Amerika zusammenhängt, sollte man auch die Truppen der zweiten Linie anstreben.

Seine Sicherheit der Flotte in Amerika. Amerikanische Männer melden aus Washington: Das Kapitänat des Kapitäns ist das Gut über die Sicherheit der Flotte, die gegenwärtig mehr als eine Million Mann umfasst, abgelehnt.

## Die Zigarettensteuer im Steuerausschuss

Der Steuerausschuss des Reichstages hat Mittwoch in die Erörterung der Zigarettensteuer ein. Ein Kriegsminister Müller-Zeile (Zentrum), der gemeinsam mit den anderen Abgeordneten der Partei, den Kandidaten der "Göttinger Volkszeitung", seit zehn Jahren Mitglied des Hauptvorstandes der Partei, als Kandidaten vor. Einigkeitlich wird die Wahlkreisversammlung am 21. Mai entscheiden, die Wahlkreiswahl findet am 23. Juni statt.

dem Raumtabak im Gesamtbetrag von 72,6 Millionen Mark zugedacht ist.

Auf Wunsch des Zentrums wird die Beratung nicht bei Artikel 1, sondern bei Artikel 2, der die Veränderung des Zigarettensteueres beschreibt, begonnen. Der Vorlage soll die für den zigarettensteuerfreien Teinschmittabat festgelegte Preisschwelle von 3,50 Pf. pro Kilo auf 5 Pf. erhöhen und damit die Steuerklasse 2a des Zigarettensteueres befreit werden. — Ein Zentrumsantrag schlägt in Rücksicht auf die derzeitigen hohen Tabapreise die weitere Erhöhung dieser Grenze auf 7 Pf. vor. Dieser Antrag wird aber später zugunsten eines konservativen Antrags, der bis auf 8 Pf. geht, zurückgezogen.

Staatssekretär Helfferich gibt zu, dass bei der Preisentwicklung der Satz von 5 Pf. zu niedrig gegriffen sei, hofft aber, dass die Preis wieder zurückgehen werden, und regt daher das Kompromiss an, es sei bei dem gleichen Satz von 5 Pf. zu belassen; dem Bundesrat aber die Befugnis zu erteilen, diesen Satz zeitweilig zu überschreiten.

Anton (Soz.) bestreitet, dass die früheren Tabapreise je wieder erreicht werden. Die Grenze von 8 Pf. müsse daher gelegentlich festgelegt werden. Das bedeutet auch eine Förderung des heimischen Tabaks. Dazu sei aber weiter nötig, die Schnittpreise des Feinschmitt-Tabaks, die in den bestehenden Ausführungsbestimmungen auf zwei Millimeter festgesetzt ist, auf einen Millimeter herabzusetzen, denn zwei Millimeter Tabatschnittdicke breite in der Pfeife schwer.

Die Heraushebung der Schnittdicke wird auch in einem Antrag der Konservativen gesondert. Gegen diesen Antrag wird von den Regierungsvertretern gestellt gemacht, dass er das Selbstbedienen der Zigarette begünstigt und einen Steuerausfall bewirkt würde. — Anton und Molkenbuhr (Soz.) treten dem entgegen. Aus Tabak von mehr als einem Millimeter Breite könnten Zigaretten nicht gut hergestellt werden; auch komme bei den heutigen Tabapreisen das Selbstbedienen zu teuer. — Die Konservativen Antistadt und Zeth halten die Einmillimeter-Schnittdicke im Interesse des Verbrauchs deutschen Tabaks, der für die Zigarette nicht in Frage kommt, für geboten. — Die Entscheidung der Vollmacht an den Bundesrat, die Besteuerungsgrenze von 5 Pf. zu überschreiten, lehnen die sozialdemokratischen Redner ab. Der Reichstag müsse die Entscheidung in der Hand behalten. — Müller-Zeile (Zentrum) beantragt für den Fall der Annahme der steuerfreien Grenze von 8 Pf. den Bundesrat zu ermächtigen, diesen Satz bis auf 5 Pf. zu erhöhen.

Bei der Abstimmung wird der Satz von 8 Pf. einstimmig, der Zusatzantrag Müller gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Auch der auf die Ausführungsbestimmungen hinzielende Antrag über die Schnittdicke findet Zustimmung.

Artikel 3 setzt den Kriegsausschlag fest, der betragen soll 3 bis 25 Pf. für das Tausend Zigaretten und 3 bis 12 Pf. für das Kilogramm Zigarettenabgabe. Für Zigarettenpapier wird eine Abgabe von 6 Pf. pro Tausend Zigarettenhüllen gefordert. Für Zigaretten aus Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 angemeldet worden sind, soll der Kriegsausschlag im dreifachen Betrag erhoben werden. — Von den 5 Millionen wird der Antrag für den Kriegsausschlag gestellt, statt dem 30. September 1915, den 1. Mai 1916 zu legen, und auch die Betriebe von der dreifachen Kriegssteuer ausgenommen, die bereits vor diesem Termin bauliche Vorbereitungen für die Einrichtung getroffen haben. — Nach langer vertraglicher Ausprache über diese Besteuerung wird der Antrag zurückgezogen.

Die Nationalliberalen beantragen weiter folgenden Zusatz: Hat die Herstellung einer Fabrik mehr als 10.000 über die im Vorjahr erzeugte Menge hinaus betragen, so tritt für diese Mehrerzeugung ein höherer Kriegsausschlag ein. — Die Abgeordneten Helferich und Schulenburg begründen diesen Antrag unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der mittleren und kleineren Betriebe. — Haf (Sp.) hält, da jede steuerliche Belastung der Zigarette den Großen nur Nutzen, den Kleinen nur Schaden gebracht habe, die vorgeschlagene Kontingentierung für erwünscht. — Wiemeyer (Sp.) dogmatisch erklärt, seine Partei könne auf die Kontingentierung weder jetzt noch später eingehen. Gensohn hält Blum (Sp.) den Antrag für sehr bedenklich, auch vom Standpunkt des Verbrauchers aus, da der Großbetrieb billiger arbeite. Man könne nicht die Entwicklung zum Großbetrieb, die die Monopolisierung erleichtere, hemmen. — Auch Herold (Zentrum) bezeichnet den Antrag der Nationalliberalen als einen ungeeigneten Weg zum Schutz der Kleinen. Ein besserer Weg wäre nach seiner Meinung eine Staffelsteuer nach dem Muster der Brausteuern.

Staatssekretär Helferich betrachtet den Antrag als schwerwiegend. Er bedeutet eine Hemmung der Produktion und der Einnahme-Entwicklung. Untererseits wäre der Antrag unter dem Gesichtspunkt des in Aussicht genommenen Zigarettenmonopols nicht unwillkommen. Man werde den Gedanken bis zur zweiten Leistung überlegen müssen.

Deichmann (Soz.) wendet sich noch einmal gegen das ganze Gesetz und rät, wenn schon eine Mehrheit für die Zigarettenabgabe sicher sei, wenigstens die Sätze zu ermäßigen. Die Fünf-Pfennig-Zigarette scheide bei einer weiteren Belastung von 3 Pf. pro Tausend, wobei die Gesamtbelastung 6,50 Pf. betrage, aus dem Verkehr aus, denn sie könne vom Fabrikanten nicht mehr zu 7 Pf. geliefert werden. Sie stelle aber bisher 3,7 Proz. des Verbrauchs dar. Auch die 1½-Pfennig-Zigarette (36,4 Proz. des Verbrauchs) könnte nicht mehr zum alten Preis veräußert werden. Wollte man einen starken Verbrauchsrückgang und höhere Arbeiterentlassungen verhindern, so müssten die Sätze ermäßigt werden. Redner befürchtet ferner die horrende Höhlsteuer.

Staatssekretär Helferich ist für die Zukunft hoffnungsfreudig gebliebt angehoben der Lebensfähigkeit, die die Zigarette bisher gewiesen habe. — Der Reichspartei Wartburg hält mit dem Vorschlag eines gleichmäßigen prozentualen Aufschlags auf den Widerspruch eines Regierungsvertreters. Die Bewegungsfreiheit innerhalb der Steuergrenzen werde damit eingeengt. — Anton (Soz.) erklärt wiederholt, dass der grundsätzliche Widerstand seiner Partei gegen diese Steuer solange fortbestehe, als nicht nachgewiesen sei, dass die notwendigen Einnahmen nicht aus direkten Steuern zu holen seien. Die Wirkung der Vorlage werde sein: Verdängung der letzten Rette der Handarbeit durch Maschinenarbeit, Vernichtung der kleinen Erzeuger in Produktion und Berlin. Mit der Kontingentierung halte man die Entwicklung zum Großbetrieb auch nicht auf. — In demselben Sinne spricht Rante (Soz.). — Sosinski (Soz.) empfiehlt seinen Antrag, für Zigarettenabgaben 2 Pf. statt 6 Pf. pro Tausend zu erheben, erklärt aber namens seiner Fraktion, dass sie gegen die ganze Vorlage stimmen.

Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung.

## Aus der Partei.

Aus der Partei-Fraktion. Dem "Vorwärts" zufolge ist Gustav Kappel, der Bonn-Bogen (Sachsen 14) im Reichstage vertreten, aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten und in die Arbeitsgemeinschaft eingetreten. Kappel ist Parteisekretär in Leipzig. Nach den Beschlüssen des Zweigvereins befindet sein Übertritt zu erwarten.

Ergebnis in Reichenbach-Neukirche. Die Wählende der sozialdemokratischen Ortsvereine für den Wahlkreis Reichenbach-Neukirche wählen als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten August Kappel den Genossen Hermann Müller-Berlin, früher Redakteur der "Göttinger Volkszeitung", seit zehn Jahren Mitglied des Hauptvorstandes der Partei, als Kandidaten vor. Einigkeitlich wird die Wahlkreisversammlung am 21. Mai entscheiden, die Wahlkreiswahl findet am 23. Juni statt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 12. Mai.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat April auf 1209 (1412), die der Besucher auf 1318 (1517). — Die eingetragenen Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. Davon kamen in derselben Sache wiederholt 151 Personen. Mittags sind im April 1858 neue Fälle bearbeitet worden. Ausfälle wurden erzielt 1295 (1491), darunter nach auswärts schriftlich 58 (59). Von den Besuchern waren organisiert 329 (313) Personen, und zwar gewerkschaftlich 135, politisch 7, gewerkschaftlich und politisch 187. Unter den verbleibenden 983 Nichtorganisierten befinden sich 772 Angehörige von Organisierten und 9 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 502 (512) männlich, 810 (801) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1192 (1398); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 120 (115); Organisationen 6 (4). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1050 (1199) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 128 (138), Oldenburg 64 (92), Neuburg 18 (50), Preußen 45 (37), und sonstwo 13 (10). Die Ausfälle verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall, Invaliden- und Krankenversicherung) 199 (239), Privatangestelltenversicherung 6 (3), Arbeits- und Dienstvertrag 130 (179), bürgerliches Recht 344 (416), Strafrecht 60 (49), Gemeinde- und staatsbürgliche Sachen 526 (561), Vereins- und Versammlungsrecht — (2), Arbeiterbewegung 9 (5), Privatversicherung 3 (17), Handels- und Gewerbeschäden 3 (5), Verschiedenes 15 (24). Von den Ausfällen machten 364 (418) die Infektion von 459 (502) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 21 (19) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 236 (300) Postsendungen. Der 27. April zeigte mit 82 (80) die höchste, der 14. April mit 28 (36) die niedrigste Besucherzahl.

Schindelfräser Vertrieb von Büchern, Zeitschriften und Geschenkbüchern. Während des derzeitigen großen Weltmarktes haben sich die Beschwerden gehäuft, wonach die Agenten von Bücherversandsgeschäften in schindelfräser Weise Bestellungen zu erzielen suchen und leider auch in vielen Fällen Erfolg haben. Ein beliebter Trick ist der, daß sie vorschwindeln, sie seien von einer gemeinnützigen Einrichtung, etwa dem Roten Kreuz oder dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen mit dem Vertrieb der Bücher und Geschenkbücher beauftragt, der Erlös fließt diesen wohltätigen Institutionen zu. Sie führen auch ausschließliche Prospekte mit sich, die nach Abschaffung und Inhalt geeignet sind, in dem flüchtigen Leser diese irgende Meinung zu bestärken. In Wirklichkeit handelt es sich um den gewerbsmäßigen Vertrieb von Waren unter Ausbeutung der Opferbereitigkeit des Volkes. Nur selten steht ein ganz geringer Bruchteil des Kaufpreises der Wohlfahrtspflege zu. Das Unwesen dieser Schwindler wurde so groß, daß der Bundesrat durch eine besondere Verordnung den Schwund einzudämmen versucht. Nach dieser Verordnung dürfen nur dann öffentliche Sammlungen für Wohlfahrtszwecke stattfinden, wenn der, der die Sammlung veranstaltet, eine besondere Erlaubnis der Landeszentralbehörde des Bundesstaates, in dessen Gebiet die Sammlung stattfinden soll, erhalten hat. Nur höchst leisten erhalten noch gewerbliche Unternehmer diese Erlaubnis, wenn sie mit den Sammlungen eigennützige Ziele zu erreichen suchen. Trotz dieser Bekanntmachung wird das Volk weiter beschwindelt, was sich aus zahlreichen, in jüngster Zeit bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schindelfräser in Lübeck eingelassenen Beschwerden ergibt. Es muß daher dringend zur größten Vorsicht gegenüber fremden Reisenden gewarnt werden. Geben die Reisenden an, sie sammeln für Wohlfahrtszwecke oder ein Teil dazu dienen Zweck zu, so lasse man sich den vorgeschriebenen Erlebnisschein vorlegen. Man prüfe den Schein auf seine Echtheit, dann häufig werden Scheine gefälscht. Ergibt sich der Verdacht, daß der Reisende in nicht einwandfreier Weise vorgeht, so übergebe man ihn sofort der Polizei oder berichte man möglichst unter Verberichtigung von Überführungsschreiben der erwähnten Zentralstelle, die dann die geeigneten Maßnahmen zur Beleidigung dieser Wohlfahrtszwecke treffen wird.

Gewerbegericht vom 11. Mai. Was alles als Vereinbarung gilt. Ein flüchtig hingeworfenes Wort brachte den Chauffeur Sch. um 70 Mark, die er wegen ländigungsloser Entlassung zu beanspruchen gehabt hätte. Seit 8 Monaten beim Unternehmer H. tätig, gab es im April wegen Hammittissen und Benzin zwischen dem Käger und Frau H. eine Meinungsverschiedenheit. In deren Verlauf ließ sich die Frau dahin aus, daß sie wegen Guittarmangels den Betrieb einstellen müsse, worauf Sch. gesagt haben soll, dann könne er ja am Sonnabend aufhalten. Von Käger wird diese Neuflugung zwar bestritten, doch behauptet die lächelnde Tochter, sie gehört zu haben. Die Bellage, die bereit ist, diese Worte zu bestätigen, sah in der Neuerung eine Vereinbarung sowie eine willkommene Gelegenheit des Kägers, von ihr loszukommen und in andere Tätigkeit zu treten. Dies lehnt den gerichtsamtlich angebotenen Vergleich von 10 Mark rundweg ab und leistet den Eid, worauf der Käger kostenpflichtig abgewiesen wird. Nur einen Entlastungsbchein soll er nachträglich erhalten. Wegen eines Bruchs des Lehrvertrages lagte die Firma G. u. W. gegen den Vater des Dreherlehrlings G. auf 100 Mark Schadenerfolg. G. brach das Lehrverhältnis ab, weil er angeblich mehr als Arbeitsbusche denn als Dreher beschäftigt wurde. Der Oberwerkmeister der Firma ist der Meinung, es handle sich um eine leere Ausrede, um von der Lehre loszukommen. G. sei anfangs ein sehr aufnahmefähiger Lehrling gewesen, der jedoch im zweiten Jahre in seiner Arbeitslust bedeutend nachgelassen habe. Dessen Vater hätte sich beschwert, sein Sohn werde nicht vielseitig genug ausgebildet. Darauf könne keine Rede sein, da der Junge an Speisemälzen, Riemenscheiben, Hand- und Zahnrädern, zum Frönen, Walzen, Gewindeabschneiden und auf Wunsch auch beim Granatendrehen beschäftigt worden sei. Seine Unzufriedenheit hätte sich auch dadurch gezeigt, daß er im vergangenen Jahre nur 33 Wochen und in diesem Jahr nur 5 Wochen voll gearbeitet habe. Ein Habituat als Sachverständiger erachtete diese Leistungsfähigkeit an den verschiedenen Maschinen für äußerst vielseitig, sie sege den Lehrling vollkommen in den Stand, sich später in jedem anderen Betriebe zurechtzufinden. Dies ist die eine Seite der Auslage. Da sowohl der Beklagte wie der Sohn zum Termin nicht erscheinen konnten, wird man die weitere Verhandlung erst noch ansetzen müssen, um das rechte Bild zu bekommen. Die Verhandlung wurde denn auch vertagt.

Goldregen. In Garten und öffentlichen Anlagen zieht seit einigen Tagen einbaumartiger Strauß unsere Aufmerksamkeit auf sich, der in unserer Gegend unter gewöhnlichen Verhältnissen erst am Ende des Monats Mai zur Blütenentfaltung gelangt und so regelmäßig den Reigen der blühenden Stielsträucher beendet. Dass er jetzt schon vielfach in voller Pracht vor uns steht, das verdankt er allein dem außergewöhnlich milden Winter.

Goldregen nennt der Volksmund diesen Strauß. Und diese Bezeichnung ist durchaus zutreffend, denn wie mit purem Gold überzüsst, leuchtet er uns schon von weiter entfernen. Aber, es ist nicht alles Gold, was glänzt; das gilt hier nicht nur wörtlich, sondern auch in übertragendem Sinne. Dieses Gemüse ist nämlich in allen Teilen glänzend. Zum Glück kann es bei einiger Aufmerksamkeit mit keinem anderen Strauß verwechselt werden. Januar ist der Goldregen meist höher als jedes andere Ziergewächs dieser Art. Er nimmt bei höherem Alter Baumform an und übertrögt alsdann sogar den Fieberstrauß. Jedes seiner langgestielten Blätter besteht aus drei elliptischen Teilstücken. Die goldgelben Schmetterlingsblüten hängen in langen, losen Trauben herab. Aus ihnen entwölfern sich feinharzig behaarte Hüllen. Dessen Samen enthalten einen bitteren Tropismus, welcher nach dem Genuss starkes Erbrechen und Schweiß zu föhlende Durchfälle bewirkt.

Weint es auch unterfragt ist, von den Bewohnern unserer öffentlichen Gärten Blüten oder Zweige abzuhauen, so wird gegen diese Pflanze genau gesetzlich verboten. Goldregen ist das ein doppelt gefährliche Begün-

Der Lübecker Gemeinnützige Bauverein hielt am Donnerstag in der Baugasse seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Büchdruckereibesitzer Goleman gab einige Gesamtauszüge zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Dieser, sowie die Bilanz wurden genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Auf Vorschlag des Vorstandes und des Ausschusses wurde beschlossen, daß die Vereinshäuser rund 4800 Mk. auf das Brausabad 300 Mk. abzuschreiben. Dem Reiterverbands wurden 578,80 Mk. überwiesen und nach Auszahlung von 4 Prozent Gewinnanteil an die Genossen nach Abgabe ihres Gewinnabwands vom Jahre 1914, was 5016,80 Mk. ausmacht, der Rest von 508,80 Mk. vorgetragen. Bei den Wahlen zum Vorstand und Ausschuss wurde die bisherigen Inhaber der Mandate wiedergewählt.

Frühlingsfahrt der Verbundeten. Die für Donnerstag in Aussicht genommene Frühlingsfahrt der Verbundeten mit dem von dem Ölseebäder-Bericht zur Verfügung gestellten Dampfer "Phönix", hat wegen des fühligen und feuchten Wetters auf einen späteren Tag verschoben werden müssen. Die für diese Fahrt ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

Über Zweck und Ziele der Hausfrauenvereine hält Frau Bößig-Schwartz am Montag, dem 15. Mai im großen Logensaal, St. Annenstr. 2 einen Vortrag. (Siehe Inserat.)

Klebegabenentzug. Man schreibt uns: Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Klebegaben, haben in der vergangenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: Nach Altona 1 Kiste Wein, 1 Kiste Tabak, 1 Kiste Kuchen, 2 Rollen Konferven, nach Königsberg: 1 Kiste Wein, 1 Kiste Tabak, 3 Kisten Porter, 3 Rollen Konferven; an ein Lazarett im Osten: 2 Kisten verschiedenes; nach Löben: 2 Rollen Konferven, 1 Kiste verschiedenes; nach Thorn: 1 Kiste verschiedenes, 2 Kisten Porter; nach Posen: 1 Kiste Wein, 100 Pfund Honig, 2 Rollen Konferven, außerdem 5 Postsendungen. Der Eingang von Klebegaben ist nun sehr schwach, während die Wünche von der Front andauernd reichlich eingingen. Es ist ja erklärlich, daß bei den häufig nachsendenden Ausgaben für die Ernährung bei vielen unserer Bevölkerung die Mittel für anderweitige Ausgaben beschränkt werden müssen. Manche unserer Mitbürger, die durch den Krieg reiche Gewinne erzielt haben, sind doch gewiß gern bereit, unsern braven Truppen eine Freude zu machen. Um sie möchte sich die Abteilung mit der Bitte um Beihauer von Naturabgaben wenden. Im Orange der Geschäfte und angesichts der vielen von allen möglichen auswärtigen Sonderkomitees eingehenden Gefahr um Beiträge, wird dabei oft das Nachliegende vergessen. Gewünscht sind dringend Gaben von Wein, Zigaretten, Tabak, Konferven, Käse, braunen Kuchen, sowie wollenen Socken und von Einzelkästen für Alleinstehende. Gaben werden jederzeit gern entgegengenommen St. Annenstraße 2.

Bremenhaven die gleiche Summe an neuen Steuern abzurufen müsse, modifiziert z. B. die Erhöhung der sozialen Mietsteuer erfordern könnte. — Ein Antrag wegen Auflösung der 301. Satzessklavimungen für Lehrerinnen usw., der von Bürgermeister Holzmeyer Gelebt, in unserm Standpunkt über die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau klarzulegen. Professor Fricker beantragte, für in Not geratene ehemalige weibliche Bewohner, Witwen usw. die Wiederanstellung zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde angenommen. — Genossen Schäfer an der Bremischen Polizeibehörden in Bremen-Stadt berechtigt, eine Fleisch- und Wettbestandsaufnahme vorzunehmen in den in Betracht kommenden Geschäften. Die Schlachter wollen die Hinzuziehung von "Sachverständigen". Auf diesem Zusatz wurde der Antrag angenommen.

## Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Mai. (Amtlich)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Hochwaldernwes bei Culm stürmten preußische Bataillone mehrere Linien der englischen Stellung. Bisher wurden 127 unverwundete Gefangene eingebracht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Der Gegner erlitt außerdem erhebliche blutige Verluste, besonders bei seinem erfolglosen Gegenangriff.

In den Argonnen scheiterte ein von den Franzosen unter Beibehaltung von Flammenwerfern unternommener Angriff gegen die Ville Morte.

Zwischen Maasgebiet herrschte beiderseits lebhafte Artilleriestätigkeit. Von einem schwachen französischen Angriffversuch im Thionmontwald abgesehen, kam es zu keiner nennenswerten Infanteriekämpfen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader hegte den Bahnhof Norodice an der Linie Krakow-Minsk aufgängig mit Bomben.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

### Oberste Heeresleitung.

## Gewerkschaftsbewegung.

Sie bleiben die Alten — wir auch! Ende März fand in Berlin eine Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbands der deutschen Textilindustrie statt, um zu der tags darauf folgenden Tagung der "Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streitverteidigung" Stellung zu nehmen. Nachdem festgestellt worden war, daß im Jahre 1915 Forderungen für Streitkäden an die Zentrale nicht gestellt worden seien, wurde mitgeteilt, daß dem Hauptausschuß für nationale Arbeit- und Berufsvereine (das sind die gelben Gewerkschaften) ein Unterstützungsbeitrag bewilligt werden solle. Hieran hängten sich sehr interessante Ausführungen. So meinte ein Redner, die Streitgewerkschaften, vor allem die von ihnen geschaffenen Einrichtungen befänden sich in einer aufleidenden Lage. Zudem habe sich der Gegenzug in den freien Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei erheblich verschärft. Die Verhältnisse legten den Gedanken nahe, ob vielleicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wahrzunehmen, gegenüber dem derzeitigen ungünstigen Zustande, wirtschaftliche Fragen nach partei-politischen Gesichtspunkten, das wirtschaftliche Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden muss, erachtete er als ein dringendes Erfordernis. Vielleicht in Form einer besonderen Kommission für wirtschaftliche Fragen im Reichstag. Der jetzige Zeitpunkt sei geeignet, den Gedanken des Zusammengehens mit der organisierten Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, näher zu treten, jedoch in äußerst vorsichtiger Form. Diese Ausgabe müsse der Vereinigung deutischer Arbeitgeberverbände zufallen. ... Das lasse sich durchaus, sagte ein anderer Redner, wenn die Streitgewerkschaften von dem Grundsatz ihres Kampfes gegen die Arbeitgeber abgehen. Das stehe vorderhand nicht zu erwarten. Um in der Arbeiterschaft immer mehr das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Werk und Arbeiterschaft zu stärken, sei es zweckmäßig, die werksfreundlichen Gewerkschaften, die diesen Zweck zu erreichen streben, zu unterstützen. Ein Redner aus Sachsen befürwortete darüber, daß die sächsische Regierung die Gewerkschaften zur Mitarbeit herausziehe, ohne daß eine Notwendigkeit dazu vorliege. Zum Punkt "Reichsvereinigung" wurde festgestellt, daß alle Unterverbände in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen einheitlich seien. Die letzten Ansichten der Herren werden zu geeigneter Zeit schon aufgerichtet werden. Die Gewerkschaften gehen nach dem Kriege unabrekt ihren vorherigen Weg weiter, ohne sich von rechts oder links abdrängen zu lassen. Sie werden die ihnen anvertrauten Interessen auch in Zukunft in der entsprechenden Weise wahrnehmen.

Der Landarbeiterverband zählte nach 5jährigem Bestehen bei Kriegsbeginn 22 331 Mitglieder. Wenn am Schluß des Jahres 1915 noch ein Bestand von 8150 Mitgliedern verzeichnet werden konnte, darf dies wohl unter Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse ein verhältnismäßig gutes Ergebnis genannt werden. Am Schluß des Jahres 1914 wurden 1275 Mitglieder darunter 1007 weibliche gezählt. Bis Ende 1915 waren 8512 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen. Da aber 1704 Neuaufräumungen erfolgten, so ergibt sich ein Verlust außer den ermittelten Einzelzählungen von 1884 Mitgliedern. Feststellungen in einzelnen Ortsgruppen beweisen jedoch, daß von einem eigentlichen Verlust in dieser Höhe nicht geredet werden kann, denn darunter befindet sich noch eine große Zahl Einberufenen, worüber der Verbandsvorstand nichts genehmt wurde. Als im Kriege gefallene sind bis Schluß des Vorjahrs 281 Mitglieder gemeldet. Leider wird auf diese Zahl bedeutend höher sein. Die Mitglieder verteilen sich auf 300 Ortsgruppen. Natürlich sind die Mitglieder an bedeutende Orte in Deutschland verstreut, denn es befinden sich viele Zahlstellen, und zahlreiche Einzelmitglieder werden von den Gewerkschaften vermalet. Eingetragen wurden 64 014 M. ausgenommen 68 110 M. Von den Ausgaben sind zu nennen: Krankenversicherung 15 946 M., Sterbegeld 2140 M., Rechtsdienst 2468 M. Da die Landwirte so viel leideten und redeten von einer großen Steigerung der Landarbeiterlöhne in der Kriegszeit, unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen der landwirtschaftlichen Produkte hat der Verband Material gesammelt, das das Gegen teil beweist. Durch die Arbeiterversetzung in allen Körperhaften ist dieses Material verwendet worden. Es ist seitdem in dem organischen Blattmasse etwas ruhiger mit dem allgemeinen Gerede von den hohen Landarbeiterlöhnen geworden.

## Aus Nah und Fern.

Kriegsgewinne. Die Oberösterreichische Metallgesellschaft für Fabrikation von Eisen-, Schieferholzfabrik für Eisen- und Karne verteilt 21 Prozent Dividende und setzt im nächsten Jahr auf 120 000 M. in Form 40 Prozentiger Gewinnbeteiligung. Die Firma Blattmasse bekommt 65 225 M. Bei 4 402 700 M. Gewinn werden 120 000 M. Dividende erzielt. Der Kurs der

## Mutter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schick  
Ihre schul-  
enlassenen Söhne  
und Töchter zu den  
Veranstaltungen  
der

## Freien Jugend Lübeds!

pb. Entwendete Kaninchen. In der Nacht zum Sonntag, dem 7. d. Mz. sind aus einer Hütte der Gartenländer in der oberen Ziegelseite sieben Kaninchen gestohlen worden. Dieselben sind 1—2 Jahre alt und von schwarz-weißer bzw. ganz schwarzer Farbe.

pb. Eine Versenkung gesunken. Von einem Fuhremeister am gestern gegen 9 Uhr vormittags eine Versenkung gezeichnet, Norddeutsche Werftsfabrik Lübeck abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Falsches Gesetz. In den letzten Tagen sind hier mehrere falsche 1½-Markstücke in Umlauf gelegt worden. Die Falschmünzen tragen das Münzzeichen G und die Jahreszahl 1916.

pb. Verhaftung. Ermittelt und festgenommen wurde ein hier wohnhafter Bäckerjunge aus Danzig, der sich des Diebstahls zum Nachteil seines Arbeitgebers schuldig gemacht hatte.

pb. Flüchtige Russen. Dem Markt-Gefängnis wurden drei fliegengesetzte Russen zugeführt, die auf ihrer Arbeitsstelle in einem bisher unbekannten Orte in Mecklenburg flüchtig geworden waren.

pb. Unfug. Aus einem Hause in der Clemensstraße ist in der Nacht zum 8. d. Mz. ein holzerner Sockel mit Beimutter-Einlagen aus Unfug verschleppt oder gestohlen worden.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch die Einkommensteuer für 1916 in der Stadt Bremen von 7% auf 8 Einheiten und im übrigen Staatsgebiet von 7 auf 7½ Einheiten erhöht. Von dieser Erhöhung werden 800 000 M. erwartet. Der weitangs größere Teil des 5 Millionen Mark betragenden Besitzes wird durch proposito gestaffelte Zuschläge aufgebracht werden, die bei einem Vermögen von mehr als 2000 M. mit 8% einsehen und in den folgenden Stufen bis zu einem Einkommen von 4000 M. um je 8% und von da an allmählich weiter steigen, bis sie bei einem Vermögen zwischen 2000 M. und 8100 M. mit 20% d. H. des Steuerbeitrages den vollen Satz des ersten Zuschlagsstufen erreichen. Große Reaktionen forderte, daß steuerfreie Einkommenminimum von 900 auf 1000 Mark zu erhöhen. Obwohl unser Redner auf einen Besitz fürchtete, lehnte man den Antrag ab, da dadurch etwa die Hälfte der Steuerzahler anfallen, was besonders zur heutigen Zeit nicht angehebe. Der Antrag wird natürlich wiederholt. — Den Hausesiedlungen Bremervorstadt und Vegesack sollen Zuschläge aus dem Getroffe der Einkommenssteuer geleistet werden. Bremervorstadt wird 100 000 Mark erhalten. Vegesack wird 20000 Mark. Sonstige Domänen mindestens.

Der Bergwerksverein verfügt 35 Prozent Dividende. Trotz dieser hohen Profitrate konnte noch eine Million Mark als Kriegsrücklage beiseite gelegt und dem Aufsichtsrat eine Tantieme von 283 043 Mark beauftragt werden. Da es Aufsichtsräte in Betracht kommen, erhält jeder dieser Herren die Summe von 25 781 Mark. Ob diese aufwändigernde Bergwerksgesellschaft jetzt auch an ihre Arbeit denkt, die all diese Schäke haben? Mit Recht drängen die Arbeiter auf Lohnzuflagen, denn ihr Lohn reicht kaum, das Leben zu fristen, viel weniger noch etwas zurückzulegen.

**Schweres Graben Glück.** Mittwoch vormittag verunglückten auf dem Zirkelschacht in Klostermansfeld bei Sangerhausen durch niedergehendes Gestein drei Männer tödlich. Einer von ihnen hinterlässt Frau und sieben unerzogene Kinder.

**Das rassierte Schwein.** Am weimarschen Dorfe Udestadt wollte ein Landwirt, obwohl Privatschlachtungen jetzt streng verboten sind, doch für seinen Haushaltsein herangemütes Hörkentier schlachten. Damit nun der Brühgeruch ihm nicht gefährte, leiste der Schlaumeier das Schwein fogaßtig ein und rasserte es nach allen Regeln der Kunst. Soweit ging auch alles ganz gut, aber beim Wurstmachen drangen verdärterische Dünste in die Nachbarschaft. Die Schlachtware wurde nunmehr beschlagnominiert und als corpus delicti nach Weimar gebracht, damit dem Landwirt der Prozeß gemacht werde.

**Vom Bucher.** Wie die Bucherer es mit den Nahrungsmitteln treiben, so auch mit den Kleiderstücken. Bei einer Zusammenkunft von Kaufmännern teilte ein Produzent aus Thüringen aus seiner Praxis mit: Er hatte einen Boten Ware verkauft, der Abnehmer hatte die Kaufsumme bezahlt. Nach wenigen Tagen kam von diesem die Mitteilung, daß der gekaufte Boten jetzt einem anderen Herrn gehöre, der neue Besitzer des Postens (die Ware ist im Fabrikat belassen worden) hat wenige Tage später dem Fabrikanten mitgeteilt, daß der Boten wieder einem anderen Herrn gehöre. So ging das fort, bis der Boten schließlich an den letzten Mann gekommen war, ohne seinen Platz gewechselt zu

haben. Die Bucherer versuchten ganz systematisch, um das Volk auszuplündern. Auch mit Webwaren, die im Auslande hergestellt werden sind, verschert man so.

**Geplante Hebung der „Lusitanie“.** Die New Yorker Ocean Submarine Engineer Company hat den Beschluß gefaßt, den Meeresgrund in einer Tiefe, die Taugern eben noch zugänglich ist, nach den Schiffen absuchen zu lassen, die von den deutschen Unterseebooten versenkt worden sind. Aus den gehobenen Schiffskörpern will man die Edelmetalle und sonstigen Wertgegenstände bergen. Die Arbeiten der Gesellschaft sollen mit der Hebung der am 7. Mai vergangenen Jahres untergegangenen „Lusitanie“ beginnen, da ihr Wert an Metallen und sonstigen Gegenständen sich laut der gesuchten Versicherungssummen auf etwa 12 Millionen Mark belief, die man wenigstens zum größten Teile retten zu können hofft. Nachforschungen haben ergeben, daß die „Lusitanie“ in einer Tiefe von 120 Meter liegt, so daß ihre Durchfütterung nicht zu den Unmöglichkeiten gehören würde. Zur Besteitung der erforderlichen, ganz beträchtlichen Kosten hat sich die Vereinigung mit den bedeutenden Banken Amerikas in Verbindung gesetzt, und zugleich auch an die Versicherungsgesellschaften eine Aufrückerung ergehen lassen, sich nach Maßgabe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel an der Hebung der verunlerten Schiffe zu beteiligen. Diese Beteiligten soll eine Entschädigung von 8 bis 10 Prozent der gehobenen Werte aufzufilen. Ob sich freilich die Hoffnungen, die an die Hebung der „Lusitanie“ und der übrigen verlorenen Schiffe geäußert werden, in dem gewünschten Umfang erfüllen, steht dahin; selbst englische Blätter rügen der amerikanischen Anfangszeitung die Bemerkung bei, daß die bisherigen Untersuchungen untergegangener Schiffe nach Geld und Geldeswert niemals von großem Erfolge begleitet gewesen seien.

**Lehren.** Von Adolf Hepner. Mit einem Porträt von Josef Diezgen. 58. Band der Internationalen Bibliothek. Preis kostet 2 Mark, gebunden 2,60 Mark. Aus dem Inhalt hervorheben wir: Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. — Monistische Erkenntnislehre. — Ethik. — Die Religion der Sozialdemokratie. — Sozialdemokratische Philosophie. — Drei polemische Abhandlungen. — Briefe über Vogel. — Erkenntnistheoretische Streitfälle — Das Aquisit der Philosophie. — Die philologischen Schriften von Josef Diezgen haben seit Erscheinen seines Erstlingswerkes „Das Werk der menschlichen Kopfarbeit“ ein ungewöhnliches Aufsehen erregt. In dem vorliegenden Buche unternimmt der Verfasser, aus Diezgens Schriften das Wesentliche herauszuschälen und gewissermaßen einen allgemein verständlichen Auszug aus den philosophischen Lehren des Arbeiterphilosophen Diezgen zu geben.

## Verlustlisten.

Erschienen sind:

Bremische Verlustliste Nr. 527.

Bayerische Verlustliste Nr. 265 und 266.

Sächsische Verlustliste Nr. 279.

Württembergische Verlustliste Nr. 381.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gültig in Lübeck.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

# Holstenhaus

G. m. b. H.  
Lübeck.

## Freitag und Sonnabend Billige Lebensmittel

(2260)

Jg. Spinat .. Pfund	12 4
Jg. Rhabarber 3 Bund	10 4
Jg. Blumenkohl Kopf	48 4
Meerrettig .. Stange	12 4
Kopf-Salat groß ..	8 4
Salat-Gurken . Stück	45 4

Getrockn. Birnen	12 4
Apfelspalten ..	12 4
Ringäpfel .....	75 4
Hagebutten .....	45 4
Pfirsiche .....	90 4
Feigen .....	45 4
Kalifat-Datteln ..	60 4
Marokk. Datteln ..	70 4
Mischobst .....	65 4
Korinthen .....	75 4
Muscat Rosinen ..	95 4
Sultan-Rosinen ..	130 4

### Prima Stangersparge

Pfund 58 4 48 4 32 4

18.

Schiffskekse .....	1/2 4
Puddingpulver ..	Paket 14 4
Rote Grütze ..	Paket 17 4
Vanille .....	Stange 20 4
Gersgrütze .....	1/2 4
Gerstgraupen .....	1/2 4
Maisgrieß .....	1/2 4
Maismehl .....	1/2 4
Backmehl .....	1/2 4
Tapiokamehl .....	1/2 4
Gerstmehl .....	1/2 4
Roggenkaffee .....	1/2 4

Zitronen .. 10 Stück 55 4

Blutapfelsinen 10 Stück 95 4

Tafel-Aepfel .. Pfund 45 4

Radieschen .. Bund 5 4

Porree .. Bund 13 4

Suppenkraut .. Bund 5 4

Sonnabend, soweit Vorrat: **Ia. Rind- und Schweine-Fleisch,** vom Lübecker Schlachthof.

### Fischverkauf

am Sonnabend, dem 13. Mai  
vermitteln den 8 Uhr ab an der  
Fischmarkthalle Lübeck  
Lebende Aale  
Fischbrüder

Perfektoren zu verkaufen.

Rabenstraße 20 a.



Taschenuhren  
Waarduhren  
Goldwaren  
Silberwaren  
Gefüllte Brillen  
Willi Westfeiling.  
Garten-Reparaturen  
Holstenstrasse 32

### Zigaretten- und Zigaretten-Lager!

Größte Auswahl in allen erzielbaren Marken!

Verkauf zu Großpreisen an Private und Wiederverkäufer!

20-25 % Ersparnis! Jähriges Lager nur 35 Pf.

Grundmann, Schüsselbuden 18, I. Etage.

Filiale: Mühlenstraße 11.

Soeben kommt zur Ausgabe

### Der Wahre Jacob

• Humoristisch-satirische Zeitschrift •

All 14 Tage erscheint eine Nummer.

Preis 10 Pfennig.

Befehlungen durch die Zeitungslieferer sowie durch die  
Expedition unseres Blattes.

Jugend-Bücherei . 12 4

Erzählerische .. 20 4

Fr. fikt. Erzählerische .. 22 4

Erzählerische .. 24 4

Erzählerische .. 26 4

Erzählerische .. 28 4

Erzählerische .. 30 4

Erzählerische .. 32 4

Erzählerische .. 34 4

Erzählerische .. 36 4

Erzählerische .. 38 4

Erzählerische .. 40 4

Erzählerische .. 42 4

Erzählerische .. 44 4

Erzählerische .. 46 4

Erzählerische .. 48 4

Erzählerische .. 50 4

Erzählerische .. 52 4

Erzählerische .. 54 4

Erzählerische .. 56 4

Erzählerische .. 58 4

Erzählerische .. 60 4

Erzählerische .. 62 4

Erzählerische .. 64 4

Erzählerische .. 66 4

Erzählerische .. 68 4

Erzählerische .. 70 4

Erzählerische .. 72 4

Erzählerische .. 74 4

Erzählerische .. 76 4

Erzählerische .. 78 4

Erzählerische .. 80 4

Erzählerische .. 82 4

Erzählerische .. 84 4

Erzählerische .. 86 4

Erzählerische .. 88 4

Erzählerische .. 90 4

Erzählerische .. 92 4

Erzählerische .. 94 4

Erzählerische .. 96 4

Erzählerische .. 98 4

Erzählerische .. 100 4

Erzählerische .. 102 4

Erzählerische .. 104 4

Erzählerische .. 106 4

Erzählerische .. 108 4

Erzählerische .. 110 4

Erzählerische .. 112 4

Erzählerische .. 114 4

Erzählerische .. 116 4

Erzählerische .. 118 4

Erzählerische .. 120 4

Erzählerische .. 122 4

Erzählerische .. 124 4

Erzählerische .. 126 4

Erzählerische .. 128 4

Erzählerische .. 130 4

## Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübeder Volksboten“.)

### Der Reichstag

hatte als ersten Punkt auf der Tagesordnung seiner Donnerstag-Sitzung den Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die sozialdemokratischen Anträge auf Einstellung des gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleiteten Versfahrens und Aufhebung der über ihn verhängten Haft für die Dauer der Sitzungsperiode. Den Bericht erstattete der fortschrittliche Abg. v. Bayrer. Es musk hervorgehoben werden, daß er nicht — wie das ja auch selbstverständlich ist, aber nach dem zum Teil einen anderen Anschein erweckenden Kommissionsberichten so aussah, — den Abg. Dr. Liebknecht der ihm zur Last gelegten Straftaten für schuldig erklärt. Der Geschäftsordnungsausschuss würde ja auch seine Aufgabe vollständig verleben und dem Spruch des Gerichts in unverantwortlicher Weise vorgreifen, wenn er die Frage der Schuld des unter Anklage stehenden Abgeordneten untersuchen würde. Der Ausschuss hatte nur die Entscheidung des Hauses vorzubereiten, ob es zulassen wolle, daß eines seiner Mitglieder durch Anhaftung in Haft den Verhandlungen des Reichstags entzogen werde. Bekanntlich hat der Ausschuss die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und woran danach nicht mehr zu zweifeln war, das ist eingetreten: die große Mehrheit des deutschen Reichstages hat zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Volksvertretung beschlossen, die über eines seiner Mitglieder verhängte Haft nicht aufzuheben.

Man kann von einer Debatte über die sozialdemokratischen Anträge im Plenum nicht sprechen, denn es nahmen nur diejenigen Parteien das Wort, die entschlossen waren, für die Anträge zu stimmen, und man hörte als Redner aus dem Hause nur Landsberg für die sozialdemokratische Fraktion, Haase für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und Dr. v. Laszewski für die Polen. Die beiden sozialdemokratischen Redner betonten, daß es sich um das Recht des Reichstags auf die Teilnahme aller seiner Mitglieder an seinen Verhandlungen drehe und daß kein subjektives Empfinden ein Absehen von der ständigen wohlbegründeten Lehre des Parlaments rechtfertige. Darüber hinaus unterstrichen sie, daß doch sehr wohl eine ganz andere Beurteilung des Dr. Liebknecht zur Last gelegten Verhältnisse möglich ist, als sie in den bisher angelegten Akten, d. h. also vielleicht in der Meinung der vornehmenden Polizeibeamten und Untersuchungsrichter zum Ausdruck komme. Wenn Haase mitteilen mußte, daß der Ministerialdirektor Dr. Lewald die Einsendung der Gerichtssachen mit der Begründung verlangt habe, der Reichstag werde zweifellos die sozialdemokratischen Anträge ablehnen, er halte es aber, um dieses Ergebnis zu erzielen, für unerlässlich, daß die Akten sobald als möglich eingeschickt werden — so wird vielleicht der Reichstag, da sich Dr. Lewald zu dieser in der Tat sehr bemerkenswerten Angelegenheit nicht äußerte, sich noch damit befassen müssen.

Es sei noch erwähnt, daß die Abstimmung eine namentliche war, daß sich zwei Elsässer und nicht, wie in diesen Blättern zu lesen ist, zwei Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Die fortschrittliche Volkspartei stimmte mit der Mehrheit.

Die Weiterberatung der Novelle zum Reichsvereinsgesetz brachte eine Oppositionsrede des konservativen Abg. Dr. Dertel, der sogar Ministerialdirektor Dr. Lewald entgegenrat, allerdings nur, um zu betonen, daß die Vorlage ja das Vereinsrecht selbst in keiner Weise erweitert. Für die Nationalliberalen trat Dr. Junck zu den Befürwortern der Vorlage hinzu, selbstverständlich stand sie auch in dem Polen Dr. von Trampezyński einen Verteidiger, während ein Redner der deutschen Fraktion ähnlich wie Dr. Dertel für die Aufrechterhaltung der „patriarchalischen Verhältnisse“ auf dem Lande eintrat. Die Weiterberatung am Freitag wird zunächst der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft das Wort geben.

## Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alegis (W. Häring).

### 65. Fortsetzung.

„Wie war doch der Vorfall?“

„Der König hat sich und der guten Sache durch Uebereifer oder Ungeschick geschadet; sein Wille war gut. Einige der vornehmsten Familien in Landsberg hielten schon seit einem Jahr, was sie nennen, reformierte Zusammenkünfte in einem alten Hause, das ehemals eine Kirche gewesen. Ihr Anhang wuchs mit jedem Tage. Im Verger darüber ließ der Bruder Gustaf sich zu allerhand Kunststücken verleiten, vielleicht war es aber auch mehr; er hat mir wenigstens versichert, daß er Gott innig gebeten, die Lasterer zu erschrecken.“

„Durch Knäcker und Teufelsfragen an der Wand.“

„Dies lasse ich dahingestellt; der Bruder Gustaf hat seltsame Kenntnisse in der Magie. Als das Gepolter, wie wenn die alte Treppe einstürze, die Reiter erschreckt, daß sie fäumwirkt niederspielen, und der heilige Hilarius in übermenschlicher Gestalt mit einem Wehe! Wehe! unter sie trat.“

„Nämlich der Bruder Gustaf in einem langen roten Mohnkleide.“

„Blieb er unglücklicherweise mit seinen gelben Pantoffeln an einem Nagel hängen und strauchelte.“

„Und fiel mitamt der Stange, worauf ein Kürbisbiskop war, und sie erwachten aus ihrem Schreck und prügeln ihn durch.“

„Das ist die große Gedächtnis.“

„Sie haben ihn entsetzlich gemischt gehabt. Wenn nicht der Rat eingriff, wäre er nicht mit dem Leben davon gekommen.“

„Man erstickt, wenn man ihn sieht.“

„Und solch Gefindel willst du mir vorstellen; wagst meiner Gnade und Gunst einen Täschenspieler zu empfehlen.“

„Beschocken überall, fast ohne Rücksicht, wirft er sich zu Euer Durchlaucht zu Fuß, um Willek siegend. Ich lobe ihn nicht, noch empfehle ich ihn, aber ich lobe keinen reinen Glauben und guten Willen. Auch hat er, wie man sagt, seltsame Kenntnisse in den verborgenen Kräften des Kultus.“

„Es ist schändlich, durch solche Mittel die Autorität der Kirche auf Spiel zu legen.“

„Besonders wenn es so ungeeignet geschieht. Sonst sind mehrere von Euer Durchlaucht Räten der Meinung, daß wo das Volk mit besonderer Geschäftigkeit den Dienst eines Fürsten anstrebt und verfolgt, was doch immer weniger um des einen Gehörs willen geschieht, den er sich zu schaden fordern ließ, weil sie die Gelegenheit ergreifen, ihnen gegen ih zu führen, weil er seinem Herrn treu diente und in seine Intention einging.“

Donnerstag, den 11. Mai 1916.  
46. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

### Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Anträge Albrecht (Soz.) und Bernstein (Soz. Arb.) auf Haftentlassung des Abgeordneten Liebknecht und Einstellung des gegen ihn eingeleiteten Militärgerichtsverfahrens für die Dauer der Session.

Berichterstatter Abg. v. Bayrer (Bpt.): Die Kommission hat nach Prüfung der ihr zugänglich gewordenen Untersuchungsakten des lgl. Kommandanturgerichts der Residenz Berlin gegen den Landsturmman Karl Liebknecht wegen Kriegsverrats und anderer Vergehen zunächst den Tatbestand festgestellt. Es ergab sich folgendes: Am Abend des 1. Mai nach 8 Uhr fanden auf dem Potsdamer Platz Versammlungen statt, zu denen sich etwa 200 Personen meist jugendlichen Alters und Frauen eingefunden hatten. Nach der Schilderung, der als Zeugen vernommenen Polizeibeamten und Unteroffiziere wurden die Versammlungen von den Schuleuten weitergezogen, hier und da wurde die Straße abgesperrt, es wurde auch etwas gelärm und gejohlt, im allgemeinen aber verhielt sich die Menge ruhig. Während der Begehung der Polizei, den Bürgersteig vor dem Fürstenhof zu säubern, rief ein Mann aus dem Menschenhaufen mit lauter Stimme: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Er wurde zur nächsten Polizeistation abgeführt, wobei er sich gegen die Aufführung sträubte. Es stellte sich heraus, daß es der Abgeordnete Liebknecht war. Er wurde in Haft behalten, und am folgenden Tage wurde auf Veranlassung der Kriminalpolizei, weil er in Verdacht stehe, die Strafverhandlungen eingeleitet zu haben, in seiner Wohnung und seinem Bureau eine Haussuchung abgehalten. Es wurden bei ihm 120 kleine Handzettel mit der Einladung zu Strafverhandlung am 1. Mai und 1300 Flugblätter beiwohnt. Auf zur Maifeier! gefunden. Liebknecht hat bei seiner Vernehmung zugegeben, daß er sich nach dem Potsdamer Platz begeben habe, um sich an der Maifeier zu beteiligen, er habe dort verschiedene Feierlichkeiten getroffen, deren Namen zu nennen er verweigerte. Mit seinem Ruf Nieder mit der Regierung! habe er seine Überzeugung öffentlich befunden wollen, daß es Pflicht der Regierung sei, den Krieg zu beenden und Aufgabe des Volkes, einen entsprechenden Druck auf die Regierung auszuüben. Er halte sein Auftreten nicht für strafbar, sondern für eine Pflicht gegenüber den großen Massen des deutschen Volkes, wie auch in den anderen kriegerführenden Staaten, in denen seine politischen Gefährdungen im gleichen Sinne tätig wären, wie er in Deutschland. Es wurden dann gegen ihn zwei Haftbefehle erlassen, in denen ihm u. a. vorgeworfen wird, durch sein Vorgehen einer feindlichen Macht Vorwurf geleistet zu haben. Zu juristischen Fragen konnte die Kommission selbstverständlich nicht Stellung nehmen. Die Verlesung des Flugblattes im Plenum erscheint nicht angängig, zumal es den meisten Mitgliedern bekannt ist. Die Maifeier wird in ihm zum Anlaß genommen, um in schärfster Weise für den Krieg eine einheimische Stände und Gewerbswege und die Herrschaft unserer Regierung verantwortlich zu machen, die Arbeiter und vor allem die Frauen werden aufgefordert, die Menschenmehrheit nicht weiter zu ertragen, die Völker mügten sich über die Grenzperren und Schlachtfelder hinweg die Hand reichen, die Arbeiter werden im Anschluß daran zum Kampfe nicht gegen unsere Feinde drauzen, sondern gegen die deutschen Junker, die deutschen Kapitalisten und ihren geschäftsführenden Ausland aufgefordert. Die Kommission hält die Anklage für eine ernsthafte, bei der eine Verurteilung möglich ist. Das Verhalten des Abg. Liebknecht hier im Hause mußte selbstverständlich ohne Einwirkung auf die Entschließung des Ausschusses sein, aber die Frage, ob das Haus und die Allgemeinheit ein so großes Interesse an der Mitarbeit des Abgeordneten hat, um der Gerechtigkeit in die Arme zu fallen, hat die Mehrheit der Kommission vertreten. Die Folgen derartiger Demonstrationen lassen sich nie übersehen, auch muß man bedenken, wie sie auf das Ausland wirken. Die bisherige Praxis des Reichstags verpflichtet nicht, die Einstellung eines Verfahrens in allen Fällen vor allem nicht mitten in einem Kriege zu verlangen. Zumal der Abg. Liebknecht erklärt hat, seine Anhänger auch weiterhin rücksichtslos vertreten zu wollen. Ich bitte daher um die Abstimmung beider Anträge.

Abg. Dr. Landsberger (Soz.): Es gibt nicht einen einzigen Fall in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands, in dem der Reichstag einen Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens wegen eines seiner Mitglieder nicht angenommen hat. Selbstverständlich hat er dem betreffenden Abgeordneten damit nicht einen Freibrief zur Begehung strafbarer Handlungen ausgestellt. Er hat die Immunität niemals als Recht des einzelnen Abgeordneten betrachtet, sondern als ein Recht des Reichstags. Dem Einwand, daß mit der Aufrechterhaltung der Immunität die

Rechtsplege gehemmt werde, ist entgegenzuhalten, daß, wenn man das nicht wollte, der Artikel 31 in die Verfassung nicht hätte aufgenommen werden dürfen, für die unbedingte Aufrechterhaltung der Immunität spricht, daß das Interesse an der Vollständigkeit des Reichstags höher steht, als das Interesse der Rechtsplege daran, daß ein Abgeordneter sofort abgeurteilt werden kann, selber der Gesichtspunkt, daß die Freiheit der parlamentarischen Verhandlungen im ganzen Laufe der Periode nicht durch den unbedingten Schutz der Personen der Parlamentsmitglieder sich aufrecht erhalten lassen. Und drittens muß, wenn man den Artikel 31 der Verfassung überhaupt anwendet, bei seiner Handhabung ein bestimmtes Prinzip zum Ausdruck kommen, damit selbst der Schein ausgegeschlossen ist, daß die Handhabung von Pariserklärungen geleitet sei. In der Siedehölze des Attentatsjahres begründete der Abg. Beyer einen Antrag in bezug auf den Abg. Wolf von der Praxis des Reichstags abzugehen. Damals führte der Abg. Windhorst aus, daß gerade die Antipathie gegen den betreffenden Abgeordneten dem Reichstage die besondere Pflicht auferlege, nach allen Richtungen fühl und nur aus der Sache zu urteilen. Im Jahre 1869 war gegen den Abg. Beyer ein Verfahren wegen Rädelsführerschaft bei einem Aufstand eingeleitet, ein Verbrechen, aus das ebenfalls Zuchthaus bis zu 10 Jahren steht. Trotzdem führte der nationalliberale Kämmerer Herr v. Bergnig aus: Wir müssen uns hüten, daß wir auch nur in dem Scheine geraten, als ob wir unsere Wehrheit gebrauchen wollen, um die Minorität zu unterdrücken. Stets hat der Reichstag ohne Antheil der Partei und Person den betreffenden Antrag stattgegeben. Nun zu dem vorliegenden Fall. Den Wortlaut des Flugblattes teile auch ich nicht mit, es ist wohl auch fast allein bekannt. Ich untersuche auch nicht, in wiefern sich der Abg. Liebknecht strafbar gemacht hat, ich stehe hier nicht als Jurist, sondern als Parlamentarier. Die Person des Abg. Liebknecht ist mir vollkommen gleichgültig, ich habe weder Beruf noch Neigung, ihn zu verteidigen, ich verteidige ausdrücklich ein Recht des Reichstags. Der Reichstag hat nicht über den Abg. Liebknecht zu Gericht zu sieden, dazu sind die nach dem Gesetz dazu bestellten Richter befugt. Der Reichstag hat lediglich nach politischen Gesichtspunkten zu urteilen. Nur wenn es sich um eine Scheinanklage handelt, würde der Reichstag auch in die materielle Rechtsfrage eintreten dürfen, um seine Mitglieder zu schützen. Ein solcher Fall liegt hier aber nicht vor. Für meine Freunde kommt es allein darauf an: was kommt dem Reich und dem Reichstag, und da darf der Reichstag nicht ein Recht preisgeben, das er beinahe 50 Jahre eisrig gewahrt hat. Wenn auf irgend einem Gebiet, so muß es hier heißen: widerstehe den Angriffen! Die theoretische Möglichkeit, zur früheren Praxis zurückzufahren, besteht natürlich. Aber verlegt einen Grundsatz, ein zweites- und drittesmal weit leichter. (Sehr richtig!) Die Mehrheit der Kommission hat die Zeit und die Schwere der Tat mit berücksichtigt. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, müssen Sie daher einen Präzedenzfall, der gerade in Zeiten schwerer Parteikämpfe der Ausgangspunkt für Durchlöcherungen des Immunitätsprinzips sein kann. Gerade in Zeiten größter Erregung ist die Abrechnung dieses Privilegs ganz besonders wichtig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es kommt herzlich wenig darauf an, daß in rubigen Zeiten ein Mitglied des Reichstags während der Sitzungsperiode durch irgend einen unbedeutenden Prozeß an der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit verhindert wird. Aber in Zeiten schwerer innerer Erregung könnte leicht ein Staatsanwalt auf den Gedanken verfallen, die hauptliche Opposition durch irgend welche Anschuldigungen und das Verlangen nach ihrer Auslieferung unzähliglich zu machen. Gerade da ist die Immunität wichtig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn von der Schwere der Tat gesprochen wird, so wird es dahin kommen, daß man bei späteren Fällen sagen wird, jetzt liegen ja sogar Umstände vor, die diese Tat noch viel schlimmer erscheinen lassen als die war, dererwegen wir damals von unserem Immunitätsrecht Gebrauch gemacht haben. Liebknecht will durch Appell an die Massen die Regierung zum Frieden zu zwingen, eine Regierung, die bereits wiederholt ihre Friedensbereitschaft vor allen Neffenlichkeit ausgesprochen hat. Es könnte der Fall vorkommen, daß einmal aus irgend einem kriegerischen Gesichtspunkt von Ihnen die Auslieferung eines Mannes verlangt würde, der es umgekehrt unternommen hätte, die Regierung während eines Krieges zur Anwendung von Methoden zu zwingen, die zur Verlängerung und zur Verschärfung des Krieges führen müßten. (Sehr gut! bei den Soz.) Machen Sie Ihre Stellungnahme zu solchen Anträgen von der Schwere der Tat, die in Frage steht, abhängig, so seien Sie an der Stelle des letzten Grundzuges das subjektive Ermeissen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und die größere oder geringere dialektische Gewandtheit? Wir haben unser Antrag im Interesse des Reichstags und des Reiches eingereicht. Wir haben die Gründe, die die Mehrheit der Geschäftsordnungskommission zur Ablehnung veranlaßt haben,

die Räte, erlaube ich mir zu sagen, welche ich darum fragte, waren der Meinung, daß es des Fürsten Pflicht in solchen Dingen sei, um seiner selbst willen einen solchen Dienst nicht fallen zu lassen. Ein Regent müsse dem Volke immer zeigen, daß niemand ungestrafft seinen Intentionen sich widersehen dürfe, und daß er die zu schützen wisse, welche, wenn auch sonst nicht fehlfrei, seinen erhabenen Willen als das höchste Gesetz erkennen. Was ich übrigens der Entscheidung meines Fürsten allein anheim stelle.“

„Woran du wohl tuft. Der König kann warten, bis ich die Leute habe, ihn zu sehen. Sobald die Nachricht aus Stendal eingeht, erwarte ich dich mit Schreiben. — Noch eine Nachricht?“

„Keine, mein Fürst; nur meldet man aus Brandenburg, daß die Kerze für Dietrich von Hardenberg kommt wenig Hoffnung geben. Es wäre recht betrübend, wenn dieser fronde Mann nur so kurze Zeit seines Bestums sich erfreuen sollte.“

„Damit du es auf recht lange Zeit könnten?“

„Durchaus nicht! Herr, wenn je mein Sinn bei diesem Gedanken verweite —“

„Dam?“

„Empfand er den zerdrückenden Schmerz, der eigenen Unwürdigkeit zu dem hohen Amte —“

„Und weiter —“

„Könnte mich nur der Gedanke trösten, daß ja meine ganze Tätigkeit nur und allein dem Dienste meines Fürsten gewidmet sein sollte. Wohin er mich stellt, da stehe ich; wohin er mich sendet, dahin geh' ich.“

„Das sind gute Gedanken. Du gehst nach Innsbruck, Wien, vielleicht nach Hispanien.“

„Zu viel des Vertrauens. Aber werden auch meine Kräfte austreichen, sage ich mir, wie die des großen, unvergleichlichen Mannes — Hieronymus war darin einzüg — dort für meinen Herrn an des Kaisers Hofe zu wirken, und hier als Herr meine große Herde zu weiden.“

„Das letztere soll dich nicht trüben.“

„Gedächtnis Herr, welche höhere Pflicht gibt es für einen Bischof?“

„Wer spricht vom Bischof; da willst mein Legat.“

„Und für das Bistum —“

„Hab' ich den Domherrn Jagow designiert.“

Der Probst mußte noch kein vollkommen Diplomat sein; er fuhr zusammen, entzückt saß und blieb mit halb offenem Mund auf den Kurfürsten, ob das Ernst sei? — Es war Ernst.

„Ich glaubte —“

„Doch ein treuer Diener nichts höher schätzen sollte als den Willen seines Herrn.“

„Ich betrete — die Nachricht ist für mich so unerwartet, so überraschend.“

„Sie überrascht dich aber freilich.“

„O gewiß! — Gewiß hat Matthias von Jagow meinem Fürsten einen Dienst geleistet, der, mir unbekannt, ihm einer solchen Würde wert macht.“

„Jagow hat seinem Fürsten den Dienst geleistet, daß er einen Charakter für bewahrt, welchen jeder ehrt, hoch und niedrig; sonst kenne ich ihn wenig. Er zeigt sich nicht bei Hofe.“

„So gefasst mein Fürst die Bemerkung, daß der wittenbergische Praktant Thomas Baits, der in Alt-Brandenburg militärisch Julian predigte, der sich jüngst erfreut hat, die Reise durch die Stadt zu leisten, daß dieser Baits unter besonderem Schutz des Domherrn Jagow steht. Ja, als derselbe einen Ruf nach auswärtig erhielt, hat Jagow selbst den Rat aufgefordert, den trefflichen Kanzelredner, wie er ihn nannte, der Stadt um jeden Preis zu erhalten. Es tut mir in der Seele weh, daß ich der erste sein muß, der meinem Fürsten dies mitteilt.“

„Das mag Jagow mit sich verantworten; ich verantworten es bei mir, als Fürst meines Landes, als Schirmherr meiner Kirche, wenn ich dem unbeholschten Ehrenmann das erste Bistum meines Landes gebe. In solcher Zeit tun Ehrenmänner jeden Stande gut, absonderlich dem geistlichen, wenn er mit Ehren vom Volke befehlen soll. Ihr seid doch auch meiner Meinung Propst? Auf Wiedersehen!“

### Dreiundzwanzigstes Kapitel.

#### Zurück.

„Himmelstönig! Altbarmherzige! nur einen Menschen, den ich vertrauen kann!“ rief Joachim, nachdem der Propst gegangen war. „Könnte

gehört. Ich nehme als selbstverständlich an, daß es die wahren Gründe sind. Aber Ihre Stellungnahme hat den schweren Nachteil, daß sie mißdeutet werden kann und wird. Unsere Stellungnahme ist irgend einer Entstellung nicht fähig. Wie wir zu diesem Kriege stehen, wissen Sie. Er ist für uns ein Kampf um die Heimat. Wir machen kein Hehl daraus, daß wir einen Frieden herbeisehn, der nicht den Keim neuer Kriege in sich bergen kann. Das deutsche Volk wäre kein Kulturstoff, wenn es nicht die Sehnsucht hätte, dem Meer von Blut, das sich über die Welt ausbreitet, neuen Zufluss zu entziehen. Aber wir sind entschlossen, solange wir den Frieden, den wir haben wollen, nicht erzwingen können, unser Land weiter zu verteidigen, um es zu erhalten und zu schützen. Das ist die Stimmung der deutschen Volkes, und diese Stimmung kann durch ein Blatt Papier nicht erschüttert werden. Ist es dann klug, den Anschein zu erwecken, als ob der deutsche Reichstag einer ausgeriegten Agitation irgend welche politische Bedeutung beimitzt. Wie grotesk ist diese ganze Ausmachung! Wie kann sich jemand einbilden, durch eine Demonstration auf dem Potsdamer Platz, durch ein Flugblatt hohe Politik machen und in die Geschichte der Welt eingreifen zu können. Wenn wir der französischen Nervosität, von der dieses ganze Vorgehen, von der jede Zeile des Flugblattes Zeugnis ablegt, unsere flore mühterne Ruhe entgegenstellen, dann dienen wir dem Reiche am allerbesten. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Wenn wir sagen, wir kennen unser Volk, wir sind seiner sicher, wir können eine in ihrer Durchführung unreife Unternehmung eines Einzelnen ertragen und vertragen, sie macht auf uns so wenig Eindruck, daß wir nicht daran denken, ihretwegen einen 50 Jahre gesündeten Brauch aufzugeben, dann würde das eine eindrucksvolle Kundgebung sein, die in feiner Weise mißdeutet werden könnte. (Lebh. Zust. bei den Soz.)

Ein Beitrag H a j e auf namentliche Abstimmung wird von der Sozialdemokratischen Werksgemeinschaft und den Sozialdemokraten unterstellt.

Abg. Hause (Ses. Irbg.): Darüber, daß der Artikel 31 der Reichsverfassung sich auch auf militärgerichtliche Untersuchungsfälle erstreckt, besteht entgegen der zum Teil in der Presse laut gewordenen Auffassung hier keinerlei Zweifel. Der Reichstag hat niets den Grundzak vertraten, daß das Recht des Parlaments auf Teilnahme aller seiner Mitglieder an den Verhandlungen höher stehen müsse, als die rechte Durchführung eines Strafverfahrens. Es wird nicht das Strafverfahren ausgeföhrt, sondern lediglich hinausgeschoben. Wir haben das auch niets unabhängig gemacht von dem Willen des Beteiligten. Deshalb fragen wir jetzt auch nicht, ob Gießnacht mit unserem Vorgehen einverstanden ist, denn nicht sein individuelles Recht, sondern das Recht des Parlaments steht in Frage. Mit Entschiedenheit muß der Gedanke abgelehnt werden, als ob die jeweilige Mehrheit das Recht haben könnte, über den Wert der Anklagungen des einzelnen Abgeordneten und einer Teilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen kein Urteil abzugeben. (Sehr mehr! s. a. Sess. Irbg.) Anklagungen einzelner haben sich im Laufe der Zeit oft genug durchgesetzt und sind zur geltenden Meinung geworden. Da darf keine Mehrheit ihres Parlaments je erlaubend sein, über den Wert von Anklagungen eines einzelnen abzurütteln. Die Zeitungsberichte über die Kommissionserörterungen erwiesen den Eindruck, als ob es jetzt blünte, daß Gießnacht das Verfahren des Landesgerichts begangen hat. Diese Auffassung ist aber durchaus irrig. Kein einziger Name war in den Berichten erwähnt.

seiner Hebung engagiert kann im Gegenteil von dem Verbrechen des unbedeutendste bei ihm gar keine Rede sein. Ich habe wiederholt als Verteidiger in der Kriegszeit Angeklagten meine Hände gegeben, die gegen Verbündung sonst gewaltiger Flugblätter verklagt wurden. Sie all diesen Fällen ist aber freie zur Anklage erlaubt worden wegen Unzulässigkeit vom Angeklagtem gegen Gelehrte und Beamte aus der neuen Zeitungswelt zum Schaden des

zu Schätzungen über beginnende Zersetzung zum Stoffwechsel. (S. 67, 68.) In einem Falle, wo der Säugling Paracetamol sehr wohl konnte werden, ist nach beiden als Grunderkrankung angegeben worden; die Diagnose muss nicht nur an einzelnen Symptomen, sondern auch an den weiteren Verlaufesmerkmalen bestätigt werden, und es in der Prüfungsfürst wiedergelegten Hinweise müssen einer solchen Prüfung durch Ausschöpfungen des Prozesses befreit gegeben werden. (S. 67, 68.) Es hat sich gezeigt, dass

(Dort, 1901) In den Händen Rechtes hat auch erneut  
in der Erfüllung des Sondervertrags gar nichts, nicht einmal in  
der Sotzschule des Kommunalliegatgebiets Zelle, unterliegt die  
in dem Gesetzsausschuß ber. Ne geplante Zeit unter allen juristischen  
Vorleistungen befreit ist. (Dort, 1901) Der Gabensteuer des Son-  
dervertrags ist in die Hände des Kommunalliegats fallen von dem  
alten Verfassungsgerichtsber. v. Regen. (Dort, 1901) Und  
der erklärte der Sondervertrag nicht etwa in dem Augenblick, sowohl  
in einer ganz anderen Zeit. G. Merkt schriftlich, als er das  
erstmal das mit dem Vbg. Stadtamt entgegenwurden worden  
in der Kommunalliegat überreichte. folgerichtig. Der Vbg. Stadt-  
amt erfuhr auch, daß es die Kommunalliegatheit der Reichsfürst  
einer Gemeinde verleiht, um — eines Ort — den Wallfahrt  
als solche nachzuweisen. Doch will der Sondervertrag hier  
(Dort, 1901 a. b. für Regen) den Wegen kein Recht v.  
Gesetzten nach die endgültige Stadtwerke ganz folgt verfügen.  
Reichsfürst hat gar nicht gezeigt, daß es eine Liegatgebietszeit  
in der Stadtwerke, sondern es war gezeigt, daß er hier für den  
einen Ortsteil und zwar in gleicher Richtung auch in den anderen  
keine Gemeindeverträge abgeschlossen. — (Dort, 1901 a. b.  
für Regen) Kurz kann noch zusätzliche Sonderverträge Regen  
bekommen, die in dieser Sache ertheilt, müssen es als töre  
auf die Städte entrichten, den Städten und dem Reichsfürsten  
zur Kenntnis. Reichsfürst der Wegen die einen gesetzlichen  
Recht, auf die kommunale Sache zu. G. ist bei dem weiter  
geschildert, daß es etwas anders ist, wenn es den Zweck —

Wir sind in Sorge um den Frieden mit Polen  
und der sozialdemokratischen Partei unter anderem  
die Sowjetunion und die anderen Staaten (Sowjetunion,  
den Südsowjeten) haben sich nun immer dem Kampf  
geopponiert vor dem Tod und dem Untergang des Zer-  
störten Sozialstaates einen Gegner gefunden, der die  
Macht und Gewalt gegen uns ausübt. Und da auch  
wir selbst als ein Faktor für das Ende Polens gehalten hätten, als  
Wiederherstellung Polens gesucht werden kann, kann es je-  
doch nur der Polen selbst sein, der seine Macht wieder  
zu nutzen es werden müssen um dies zu tun, und hieraus  
die ganze Situationen verändert werden kann, wenn es  
zu Frieden (Gespräch bei der See, Vier) kann es dann  
die beiden, wie der Interessengemeinschaft des Westens  
und des Ostens, die beide zusammenarbeiten müssen  
um die Rechte und Werte der Menschen zu schützen und  
um die Freiheit und Unabhängigkeit der Staaten zu gewährleisten.  
Und das ist die einzige Möglichkeit, dass die  
Sowjetunion und die anderen Staaten Polen respektieren, dass  
sie nicht mehr versuchen Polen zu unterdrücken, dass sie  
ihre Macht und Gewalt nicht mehr gegen Polen ausüben.

losigkeit erhoben wurde, und gerade in diesen Tagen ging uns der Prospekt über einen neuen Band der Geschichte des Kulturkampfes zu, in dem gesagt wird, welche Vorwürfe sich früher das Zentrum in dieser Zeit des Kampfes hat gefallen lassen müssen. Ich erinnere auch daran, wie während des Hochverratsprozesses gegen Bebel und Liebknecht im Jahre 1872 diese beiden Männer in den Hof gezogen wurden und wie sich später all diese Vorwürfe als hoffnungslos erwiesen haben. Und ich erinnere schließlich daran, daß man bis zum Beginn dieses Krieges der deutschen Sozialdemokratie die gleichen Vorwürfe mache, die sich doch auch als hoffnungslos herausgestellt haben. Liebknecht hat mit dem größten Mut — das ist die Eigenschaft, die ihn auszeichnet — in diesem Untersuchungsverfahren sich zu allem bekannt, was er getan hat, obwohl ihm als Beschuldigten das Recht zustand, jede Auskunft zu verweigern. Und ein Mann, der diesen Mut beweist, der auf Grund seiner innersten Überzeugung, getragen von seinen Prinzipien, das tut, was er glaubt tun zu müssen im Interesse des Deutschen Volkes und der ganzen blutenden Menschheit, den wollen Sie anders behandeln, als, solange der Reichstag besteht, alle behandelt worden sind, die in gleicher Lage waren. Das würde das Volk nicht verstehen. Höchst merkwürdig berühren nun uns ein Brief, der sich auch bei den Affen befindet und der von dem Stellvertreter des Reichskanzlers ausgeht und an das zuständige Militärgericht gerichtet ist. Dieser Brief, der mit „Lewald“ unterzeichnet ist, lautet: „Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstages stehen die Anträge Albrecht und Bernstein auf Einstellung des gegen den Avg. Dr. Liebknecht schwedenden Verfahrens und auf Aufhebung der über ihn verhängten Haft. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Antrag abgelehnt werden wird.“ (Lebh. Hört, jetzt! bei den Soz.). halte es aber um dieses Verfahren an und

„Hört den Soz!“, halte es aber, um dieses Ergebnis zu erzielen fürstl. Hört, hört! bei den Soz.) für unerlässlich, daß die Gerichten sobald als möglich eingeholt werden, damit sie als Unter- ge für die Beschlagnahme des Reichstags dienen.“

ge für die Belehrung des Reichstags dienen können.“ (Erntes lebt. Hört, hört! bei den Soz.) Nach meiner Ansicht hat ein Reichsbeamter wohl das Recht, Aften einzufordern, die dem Reichstag als Unterlage für seine Beschlüsse dienen sollen, aber er darf nicht das Recht, dem Gericht zu schreiben, die Uebersendung solle erfolgen, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen, nämlich mit der Reichstag von Artikel 31 Abs. 2 der Reichsverfassung einen Gebrauch macht. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Kein Beamter des Reichs hat das Recht, dem Reichstag in seinem Urteil vorztreten. (Erneute Zust. bei den Soz.) Welche Informationsstellen standen übrigens dem Ministerialdirektor Lewald bei seinem Schreiben zur Verfügung? Jedenfalls macht das Schreiben denkbare ungünstigsten Eindruck, es will offenbar einen Einfluß auf die Rechtsprechung machen. Dem aber muß unter allen Umständen vorgebeugt werden, denn damit werden unberechenbare Gefahren herausbeschworen. Es muß auf das schärfste geachtet werden, daß eine solche Einwirkung auf die Rechtsprechung nicht wird. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß meine Ausführungen in diesem Hause etwas an Rechtstat ändern können. Aber das kann ich Ihnen erklären: indem Sie einmal den Grundsatz, bei politischen Vergehen die Leitung eines Strafverfahrens auszuführen, durchbrochen haben, so ist die Stelle einer Korm die Willkür gelegt, und die Willkür hat allemal Schlimme Folgen. (Lebh. Beifall bei den Soz. der Soz. II.)

Abg. Lassewski (Pole): Wir urteilen aus rein prinzipiellen Gründen. Für uns gilt der Grundsatz: gegen alle Ausmeidungen und gegen jede Ausnahmbehandlung einzelner Abnehmer. Eine solche Ausnahmbehandlung ist ein Bruch mit bisherigen Praxis, das wünschen wir nicht und bitten daher den Antrag der Kommission abzulehnen.

Zum Schluß leistet die Debatte. In nemtlicher Abstimmung  
der Abteilung der Kommission mit 229 gegen 111 Stimmen  
zwei Stimmabstimmungen (Thbg. Thumann-Gr. und Leveque-  
engeronnen). Das Refuzit wird von der Arbeitsgemein-  
schaft wiederholten heftigen Protesten aufgenommen. Prä-  
sident Dr. Seemöpf ruft den Abg. Kühl, der sich an diesen Protes-  
t beteiligt, zur Ordnung.

Während wir die erste Sitzung der Kassette zum Reichsvereins-  
tag. Dr. Geissel (S.): Sie malen der Kommission

ung der Krieger (2.). Wir wollen der Kommissions-  
ung nicht widerstreiten, wenn wir auch nicht glauben, daß  
das Eisenbahnrecht dabei herauftaucht. Wir sind Gegner der  
Rege, wir haben dem Reichsvereinsgebet seinerzeit nur zuge-  
stellt als Zugeständnis in die demokratische, nunmehr überwundene  
Zeit. Die Voraussetzung für unser Zugeständnis war aber,  
die Jugend von allen politischen Erfordernissen frei bleibt.  
Dort im Kriege nicht dragen zu sollen, die den Bürgfrieden  
zudenken. Genaugut wie eine Partei könnten auch die  
Krieger mit Waffen kommen. Es handelt sich um ein  
zugunsten der Gewerkschaften, um ein Sondergesetz. Die  
Rung des Vertrages der Landarbeiter und des Deutschen Land-  
arbeiterverbandes, das Gesetz nicht auf die landwirtschaftlichen  
Arbeiter ausweichen, ist eine Selbstverständlichkeit. Arbeits-  
ungen in der Landwirtschaft, zumal im Kriege, würden von  
Wirtschaftsgrünen für das Heimatland sein. Das gute Gesetz,  
den preußischen Rindfutter-Berechtigungen landwirtschaftl.  
Arbeiter zu Arbeitseinstellungen verhelfet, wird durch die  
e entgegengestellt. Eine Veränderung an der Jugend ist  
nicht sie in die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kämpfe  
hinein will. Die Sozialdemokratie will die Jugend zum  
zum erziehen, und die Folge wird sein, daß die Demokratie  
des Kriegsboßes ertragen. Mit lehnen die Vorlage ab.  
(Festschrift)

Ministerialdirektor Dr. Zweigl weiß herausföhren, daß der Sturm im materiellen nur eine Siegerung gegen eine ständige Bedrohung ist. Man dürfe nicht vergessen, daß ebenso wie in der überwiegenden Zahl der Gewerkschaften Organisatoren bestehen und befinden können. Insbesondere Politikinteressiertes hingehend für politisch eröffnet worden. In Tabelle (FZ) kommt nun für das Gelehrte aus. Man möge sich in diese Sicht vor der Berührung der Jugendlichen Gewerkschaften geben. Die Tabelle bei genau wie das veranschlagt liefert mir ein Dokument, das materielle

deren denen nicht berührte. Es ist nun zu gestatten, dass der Befürchtung Ausdruck die beiden nach Tatschriften der Rössle genannten willkürlich bestimmt werden können wie heute. Der folgende Paragraph, der Sprachverordnung, bleibt bestehen, obwohl er jetzt des Reichstags noch für seine Erteilung ausgesprochen ist. Er warntete ihn darüber, dass der Berater der Sozialie so sehr damit einverstanden gehen hat. Man kann mit dem Berichtersten, wenn man einen gefuehlt hat, dass der Sozialist und anderer Berater keine es keinen geben.

# Aus der Budgetkommission des Reichstags.

fragen, ist eine raschere Erledigung nicht möglich. — Unterstaatssekretär Richter gibt den berühmt gewordenen „Spargel-Erlaß“ des Präsidenten Rausch völlig preis. Redner bespricht dann Tätigkeit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, die zur vollen Zufriedenheit arbeitet. Wenn nach dem Krieg der Handelsverkehr wieder aufgenommen wird, dann müssen auch die persönlichen Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern wieder hergestellt werden. Man kann auch daran denken, daß uns das feindliche Ausland Rohmaterialien als Kriegsentzündigung liefert. Wir müssen mit dem Ausland Waren gegen Waren tauschen; in erster Linie kommen Kali und Farben in Betracht. Eine Schwierigkeit liegt in der Tonnage. Die im Ausland liegende deutsche Tonnage wird in der ersten Zeit nach dem Kriege nicht sofort zu verwenden sein. Für die Beschaffung der Rohstoffe werden Gesellschaften geschaffen werden, damit auch mittlere und kleinere Betriebe vertrügt werden können. Für die erste Zeit des Friedens wird die Einföhr nicht frei gegeben werden können. Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn haben bereits zu einer Aufführung eines Programms geführt. — Abg. Hirsch (Natl. ie Nation, die nach dem Kriege den meisten Transportraum hat, wird die Schwierigkeiten am leichtesten überwinden. Meiner ganzen Reihe von Artikeln ist das Ausland auf uns angewiesen. Redner empfiehlt, an unserem Zolltarifschema unbedingt zu halten. Die Anträge der Sozialdemokraten auf Errichtung einer Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in der Industrie gehen zu weit. Die Eisen- und Stahlindustrie hat den größten Teil des Stammmaterials verloren. Mit erleichternden Bestimmungen kann erst nach dem Kriege vorgehen.

Abg. Wümm spricht für die Schaffung von Heimstätte  
1. die Kriegsteilnehmer, und begründet dann den  
Vortrag, die bei Konkursen eintretende Beschränkung der Staats-  
ergerlichen Rechte aufzuheben. — Abg. Schiele (A.) gibt die  
Befürchtungen an der mangelhaften Unterstützung der Kriegsfamilien  
1. Lieferungsverbänden, die allein in der Lage sind, die Ver-  
hältnisse der einzelnen Familien zu beurteilen. Dass den Frauen  
Krieger aufgelegt wird, zu arbeiten, wenn sie leistungsfähig  
sind, ist berechtigt. Heute besteht für alle Kreise des Volkes die

Ibg. Hoch (Soz.) stellt fest, daß die Ausführungen des Unter-  
schefretärs Richter eigentlich eine Anerkennung des Frei-  
wils waren. Am besten wird sich der Staat entwickeln, der die  
tungsfähigste Arbeiterschaft hat, das aber jetzt den Schutz der  
Frauen und der Jugendlichen voraus. Auf diesem Gebiete be-  
gen aber heute schwere Mißstände. Auf keinen Fall darf die  
Tätigkeit der Gewerbeinspektoren eine Einschränkung erfahren.  
Kurzer Überblick über diese Tätigkeit sollte dem Reichstag  
geben werden. Mindestens sollte man aber eine Zählung der  
beschäftigt vornehmen, um ein Bild darüber zu gewinnen, wie  
die Frauen in der Industrie beschäftigt werden. — Die Ausfuhr  
Spargel wird deshalb von gewissen Kreisen angestrebt, weil  
eine sehr gute Ernte haben und ein Herabgehen der Preise  
erhofft wird. — Wo eine vernünftige Verwaltung besteht,  
kann man die Unterstützung der Kriegsfamilien auch ent-  
sprechend regeln, indem man Bedarfsjäge aufstellt. Damit kann  
den verschiedensten Verhältnissen Rechnung tragen. —  
Vor L e m a l d h e g t nur Bedenken dagegen, daß der Bundes-  
Bedarfsjäge aufstellen soll. Man werde durch ein Rund-  
schreiben die Behörden auf die in der Kommission geäußerten  
Anträge aufmerksam machen.

Abg. Süddien (Sos.) stellt an das Reichsamt des Intern.

Anfrage, welche Gehälter die Beamten in den besetzten Gebieten bezogen haben. Ihm sei mitgeteilt worden, daß diese en ihr volles Heimatsgehalt bekommen und außerdem noch 100 Mark monatlich. Mat hat dar die Tagegelder zugrunde gelegt, die im Frieden bei Streissen bezahlt worden sind. Die Übergabeung eines Amtes in besetzten Gebieten, die sich auf über Jahr und Tag erstreckt, kann ganz unmöglich als eine Dienstreise betrachtet werden. Für die Gewährung derart enormer Gehälter besteht nicht mindeste Anlaß. — Direktor Leimbold gibt zu, daß solche Gehälter bisher bezahlt worden sind; aber man hat nicht mit dieser Dauer des Krieges rechnen können. Es ist jetzt eine Neuordnung eingetreten, die aber noch nicht in Kraft ist. Künftig erhalten neben ihrem vollen Heimatsgehalt die Chefs der Abteilungen, die Referenten usw. 600 Mark pro Monat, die übrigen höheren Beamten 500 Mark, die mittleren Beamten 450 Mark, unteren Beamten 210 Mark.

B. Bauer (Soz.) hält es für ganz unmöglich, für alle Teilnehmer Heimstätten zu schaffen. Über den Umfang Freiwillenarbeit solle man Ausstellungen machen. Nach dem gleichen werde sich die Frauenarbeit unbedingt vermehren. Die ausländischen Arbeiter bedarf dringend der Verbesserung. Die über sie verhängte Aufhebung der Freizügigkeit hat eine geradezu unverantwortliche Härte. Ausländische Arbeiter, die in einem Braunkohlenwerk in Threna bei Altenburg festig waren, stellten wegen Lohndrückerei die Arbeit ein. So kamen sie zunächst ins Gefängnis, dann in ein Gefängnislager, obgleich ihnen andere Arbeit, zu der sie bereit waren, angewiesen werden können. — Die neueste Verordnung über Unterstützung der Textilarbeiter bedeutet eine nicht unerhebliche Verschärfung. Die Kriegsbeschädigten müssen auch in staatsebetrieben nach ihrer Leistungsfähigkeit bezahlt werden; einen Fall darf man ihnen die Rente entziehen. Redner fragt, ob der Gesetzentwurf bald kommt, durch den das B. Bauer sich noch dem früheren Rechtsrahmen unterordnen will.

— Direktor L e w a l d erklärt, ds ausländische Arbeiter Arbeitsplatz wechseln dürfen, wenn der Vertrag abgesetzt ist.  
Direktor C a p o r bestreitet, ds die Unterstützung der Textilindustrie eine Verjngterung erfahren habe. — Die Nachfrage in den Bäckereien soll nach den Wünschen der Regierung unvermindert bleiben. Aus den Kreisen der Beteiligten ist aber Spruch erhoben worden. Ein Gesetzentwurf wird dem Krieg vor Beendigung des Krieges nicht zugehen. Die Bevölkerung bleibt nach dem Krieg solange in Kraft.

er Reichstag ihre Auflösung fordert.  
g. Gothein verlangt größere Garantien für die aus-  
sen Arbeiter, die gegenwärtig nicht genug geschützt sind.  
verhindert man den Zugang dieser Arbeiter. Nur die För-  
derung muß ein Existenzminimum festgesetzt werden,  
n der Unterstützung unbedingt erreicht werden muß. Im  
Grinzen hat man einer Frau, die ein Einkommen von  
siebzig Mark hatte, die Unterstützung verweigert. Die  
en weinen dort Unterstützungsgefaue zurück, sobald sie vom  
offiziellen Parteisekretär versucht worden sind.

3. Sachsen (Sax.) fordert eine Ausdehnung des Arbeiterrichts auf den weisförmigen Grüben werden den Arbeiterrinnen Jahre bezahlt. Die Ernährung und die Bezahlung der Arbeiter ist völlig unzureichend. Auch in Westfalen läßt die Bezahlung der ausländischen Arbeiter sehr viel zu münchischen. In Schlesien versucht man, den Bergarbeitern Verdopplungen, nach denen sie acht Monate in der Landwirtschaft sollen. Es genügt nicht, daß die Gemeinden mehr befordern das Reich will die Unterstützung der Kriegerwehrlich erhöhen. — Abg. Hirsch (Hart.) weiß die Zeit zurück, daß an den Grüben Hungerlöhne bezahlt werden. Abg. v. Trauttmansdorff trägt immerwiegende Klagen über Belästigung der ausländischen Arbeiter vor. — Abg. d. Reihen (Sax.) behandelt nochmals eingehend die Zollabfuhrunterstützung. Die Entscheidung über Unter-geinde wird zu lange verzögert. Für die Vermittlung ausländischer Arbeiter berechnet das deutsche Grenzamt eine Summe von 8,20 Rtl., die von den Arbeitern bezahlt werden müssen. Arbeiter, die sich weigern, landliche Arbeit zu übernehmen, mit Entziehung der Unterstützung bedroht. Dieses Ver-

Frage der Bezirk ist Gegenstand der nämlichen Ges-

## Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Sicherung der zivile Sache des Reichsgerichts des Innenministeriums wurde ein Maßnahmen festgestellt — Abgeleger (Gesetz) begründet einer Richtung des Gesetzes, welche die Staatsgewalt freie zur Erhaltung und Sicherung unserer Handelsflotte berechtigt für den Fall der Überseefahrten — Unterstaatssekretär erlässt die Sicherungsmaßnahmen der Marine für diejenigen Fälle zur Sicherung zu halten — Abg. Dr. Streit (Dienst) weiterer Befehl Richtung nach Sicherung, den Werften gewährte Unterstaatssekretär zur Sicherung. Nach der Sicherung von Kriegsschiffen und Flugzeugen zu erhalten. Zu bestimmen ist, dass die Wirtschaft nicht unzweckmäßig beeinflusst werden.